

Besprechungen

Kofler, Leo: Staat, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus. Ulm/Donau 1960. A. J. Schotola-Verlag. 392 S.

Dieses Buch fordert fast auf jeder Seite sachlich begründbaren Widerspruch heraus. Trotzdem oder auch gerade deswegen dürfte der kritische Leser starke Anregungen empfangen. Im Mittelpunkt der Arbeit steht der Gegensatz zwischen der „Dekadenz der bürgerlichen Welt“ und einer „humanistisch-freiheitlichen Ordnung“. Bürgerlicher Staat und bürgerliche, kapitalistische Gesellschaft werden ganz im Sinne des Kommunistischen Manifestes als Klassenstaat und Klassengesellschaft verstanden. Der bürgerliche Staat halte sich von jeder direkten Einmischung in den privaten Bereich fern und erwecke so den Schein, über den Klassen zu stehen und das Allgemeininteresse zu vertreten. In Wahrheit aber diene er dem Klassenegoismus der Bourgeoisie (S. 23). Die bürgerliche Gesellschaft lebe von der Ausbeutung der Arbeiterklasse und zeige alle Merkmale eines dekadenten und in Fäulnis geratenen Geistes. Staat, Elite und Bürokratie seien gänzlich auf kapitalistische Ziele ausgerichtet. „Der Bürokratie ist das einst selbstverständliche Bewußtsein verlorengegangen, daß jeder Schritt auf dem Wege der Demokratisierung der Gesellschaft sich nur, wie alle bisherige Entwicklung lehrt, gegen die Interessen der herrschenden bürgerlichen Klassen vollziehen kann“ (333). Der Verfasser spricht von der „Verwüstung“ und „Manipulierung“ des Menschen in der bürgerlichen Ordnung. „Der bürgerliche Materialismus glaubt, daß mit der besseren Anpassung an die oberflächlich-verkommene Lebensart, wie sie die wehrlosen Massen zur Nachahmung verführt und wie sie teilweise durch den besseren Lohn ermöglicht wird, sich der Arbeiter entproletarisieren. Gerade das Gegenteil ist wahr“ (S. 178). Die Verbürgerlichung des Arbeiters sei „ein sicheres Zeichen des Verhaftetbleibens im proletarischen Pauperismus“ (S. 177). „Die materielle Verbesserung des Lebens hebt auf dem weiterbestehenden Boden der kapitalistischen Klassenstruktur die Entmenschlichung des Menschen nicht auf, sondern gibt dem Individuum gerade erst die Möglichkeit, diese Entmenschlichung zu forcieren und zu vollenden“ (S. 191).

Wenn der Verfasser die Begriffe „bürgerlicher Staat“, „bürgerliche Elite, Intelligenz und Bürokratie“, „bürgerliche Demokratie“ und „Kapitalismus“ nur im Sinne von Arbeitshypothesen verstanden und verwandt hätte, wäre gegen solch ein methodisches Verfahren nichts einzuwenden. Jene Begriffe sollen jedoch Realitäten bezeichnen. Leo Kofler kennt offenbar nicht den mit dem römischen Recht beginnenden abendländischen Kampf um den Rechtsstaat. Er kennt anscheinend auch nicht die energischen Bemühungen und Bestrebungen in der

westlichen Welt, materielle Unfreiheit und Ungerechtigkeit zu überwinden und einen Sozialstaat zu begründen.

Der wichtigste Abschnitt des Buches behandelt die „Anthropologie des Freiheitsbegriffs“. Wie der junge Marx geht auch Kofler von dem „wirklich tätigen Menschen“, seinem „bewußtseinsmäßigen Verhalten“, seiner „Objektbezogenheit“ und „Zweckgerichtetheit“ aus (S. 296). Wichtige Anregungen hat der Verfasser, wie er selbst sagt, Georg Lukacs zu danken. Aber auch Ernst Bloch wird zitiert. Im Ganzen ein interessantes und zu kritischer Stellungnahme zwingendes Werk.
Herbert Schack-Berlin

Hilger, Dietrich: Edmund Burke und seine Kritik der Französischen Revolution. (Sozialwissenschaftliche Studien, herausgegeben vom Seminar für Sozialwissenschaften der Universität Hamburg, Heft 1.) Stuttgart 1960. Gustav Fischer Verlag. 153 S.

Das erste Heft, das von dem Seminar für Sozialwissenschaft der Universität Hamburg, geleitet von den Professoren Karl Jantke und Siegfried Landshut, herausgebracht wurde, ist eine höchst bemerkenswerte Analyse einer bestimmten Tendenz, die man als konservativ oder als romantisch bezeichnet hat, des Anti-Jakobinertums. Angesichts des „Burke-Revival“ im Neukonservatismus Englands und Amerikas und als Gegner des Neu-Liberalismus, wie ihn Hayek vertritt, ist die französische Revolution noch immer wie ein Kreuzweg des Parteienstreits. Burkes Geschichte der Kritik wird zur Kritik der Geschichte. Obwohl Burke selbst immer nur bei bestimmtem Anlaß seine Stimme erhob, werden seine Reden als dauernde Prinzipien angesehen. Dabei ist wohl kaum ein politischer Denker so sehr aus der Lage und den Umständen zu verstehen. Es ist deshalb ein schwieriges Unternehmen, grundlegende Begriffe von Burke, wie namentlich Natur und Naturrecht, Vertrag und Gesetz zu analysieren. Man kann Burke nicht, wie Hobbes oder Locke, als einen systematischen Denker betrachten, aber auch nicht behaupten, daß er den Bruch mit der Vertragstheorie des Naturrechts vollzogen habe. Da er terminologisch wenig fixiert spricht und schreibt, so muß z. B. seine Kritik der Gleichheit nicht nur rechtlich verstanden werden, sondern sozusagen moralisch. Seine Idee der „natürlichen Aristokratie“ liegt unter den Verhältnissen des damaligen Parlamentarismus nahe. Die Widersprüche, wie sie frühere Historiker der politischen Theorie, wie Janet oder Pollock, fanden, könnte man auch als Widersprüche der parlamentarischen Politik Englands überhaupt betrachten.

Man braucht nicht, wie Karl Marx im Kapital I, Burke als „Sykophant, der im Sold der englischen Oligarchie den Romantiker gegenüber der französischen Revolution spielte“ zu bezeichnen, aber jedenfalls ist der Anhänger der Whigs, der die englische Adelsgesellschaft verteidigt, ein durchaus von Interessen bestimmter Schriftsteller. Der „glorious revolution“ von 1688, die als bloße Wiederherstellung der alten Ordnung erklärt wird, so daß der Absolutismus Jakobs II. sozusagen eine „Revolution“ darstellt, steht natürlich die französische

Revolution gegenüber, der Burke mit banger Sorge ihrer Ausbreitung auch in England, wo sie begeisterte Anhänger wie Fox hat, gegenübersteht. Die herrschende soziale und politische Ordnung erscheint ihm so „natürlich“, daß die absolute und totale Wendung der Politik nicht nur künstlich, sondern sündhaft ist. Während er im übrigen keineswegs als ein frommer Christ auftritt, beruft er sich auf die Verderbtheit des Menschen, um ihn jeder Herrschaft im passiven Gehorsam zu unterwerfen. Seine Argumentation wechselt oft von Satz zu Satz in bezug auf seine Stellung zu Vernunft und Vertrag, sagt Hilger (70), denn er spricht von einem „realen“ Vertrag, wenn er die Magna Charta der Barone meint und keineswegs faktisch auf dem vorhistorischen Zustand, wie Locke, zurückgeht, denn Ursprung ist nicht relevant für die Legitimität der jeweiligen Herrschaft. Man müßte den späteren Burke im Rechtsstreit mit Warren Hastings heranziehen, um seine Auffassung der Autorität klarzustellen; ebenso müßte man, um seine Auffassung der Repräsentation zu verstehen, näher auf die Frage der katholischen Iren eingehen. Die Unklarheit besteht nicht in der Auffassung von „trust“ und „fiduciary power“, sondern in dem Begriff des „Volkes“. Bei dem völlig beschränkten Wahlrecht und der losen Organisation der Gewählten und den rotten boroughs ist selbstverständlich die französische Demokratie eine Bedrohung des gesamten Regimes in England.

Wenn auch der Verfasser eine sorgfältige Studie vorlegt, so ist doch eine Bewertung nur aus der Gesamtheit des politischen Wirkens von Burke genügend. Eine Erklärung des Mißverstehens von Burke in Deutschland, sei es als Vorläufer romantischer oder historischer Schule, würde die Arbeit vervollständigen. Jedenfalls aber haben wir seit den sorgfältigen Analysen von Leo Strauss wenige so gute Beispiele der neuen politischen Wissenschaft in Deutschland wie die vorliegende programmatische Schrift.

Gottfried Salomon-Delatour-Frankfurt a. M.

Probleme der Medizin-Soziologie, herausgegeben von René König und Margret Tönnemann. (Sonderheft 3 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie.) Köln und Opladen 1958. Westdeutscher Verlag. 336 S.

Diese von René König und Margret Tönnemann betreute Veröffentlichung ist um so mehr zu begrüßen, als es sich um ein Gebiet der modernen Forschung handelt, das Medizin und Soziologie auch in Deutschland in ein engeres Verhältnis zueinander zu bringen sucht, nachdem es sich in den USA, aber auch in Frankreich bereits seit einigen Jahrzehnten eindrucksvoll entwickelt und über seine Methodik Rechenschaft abgelegt hat. Der den „Allgemeinen Teil“ einleitende Beitrag von König stellt eine Art erkenntnistheoretischer Grundlegung an Hand von französischen und amerikanischen Autoren und in Auseinandersetzung mit Helmut Schelsky dar. König stützt sich dabei auf die Unterscheidung in sociology in medicine und sociology of medicine, wie sie Robert Straus in seinem Artikel „The nature and

status of medical sociology“ in der „American Sociological Review“, Vol. 22, 1957 vorgenommen hat und wie sie in dem erstgenannten Zweig mehr dem französischen und in dem letztgenannten mehr dem amerikanischen Typus medizinsoziologischen Denkens entspricht.

Der folgende Beitrag „Struktur und Funktion der modernen Medizin, eine soziologische Analyse“ von Talcot Parsons ist eine Übersetzung des Kapitels X aus des Verfassers „The Social System“ (1951), und als solche eingegliedert in das begriffliche Bezugssystem des Gesamtwerkes. Um dem Leser des Aufsatzes die Lektüre zu erleichtern, hat der Übersetzer Dietrich Rüschemeyer in Anmerkungen den kategorialen Rahmen der Parsonsschen Ausführungen abgesteckt und durch Erläuterungen erklärt. In seinen ausführlichen Darlegungen geht Parsons so vor, daß er zunächst den funktionalen Rahmen der Medizin und die kulturelle Tradition umreißt, dann die soziale Struktur mit der Rolle des Arztes und der des Kranken behandelt, um schließlich in dem Hauptteil „Die Situation der ärztlichen Berufstätigkeit“ (Situation des Patienten und Situation des Arztes) und „Die ärztliche Tätigkeit als Institution in ihrer funktionalen Bedeutung“ zu beleuchten. In dem Abschnitt „Einige Sonderprobleme“ ergänzt Parsons seine medizin-soziologischen Analysen durch einige konkrete Beispiele, z. B. das des Chirurgen, die zeigen, wie erfolgreich er sozialpsychologische Einsichten in seine Beobachtungen einzufügen versteht, um so der Berufsrolle des Arztes auch hinsichtlich der Motivation von der Hervorhebung des Berufsethos bis hin zum „Gewinnmotiv“ gerecht zu werden. Eine vertiefte Analyse der Medizin als soziales System und ihrer Stellung in der Gesamtgesellschaft hält er für eine der wichtigsten Aufgaben der medizinischen Soziologie.

Anschließend stellt Thure von Uexküll die Frage: „Was kann eine Spezialdisziplin ‚Soziologische Medizin‘ für eine allgemeine Medizin leisten?“ Im Sinne der Strausschen „sociology in medicine“ handelt es sich um die Unterstützung, die die Soziologie mit ihren Methoden und Fragestellungen der Medizin gewährt im Gegensatz zu einer sociology of medicine, bei der es um eine soziologische Untersuchung des Gesundheitswesens als sozialer Institution geht, ein Thema, um das sich vor allem Schelsky in seinem Krankenhausarztartikel bemüht hat. Vorangestellt wird von Uexküll „Die Notwendigkeit einer Begriffsklärung“, da es sich im Falle von Medizin und Soziologie um zwei Disziplinen handelt, die von sehr verschiedenen Voraussetzungen und unter andersartigen Fragestellungen an den Menschen herantreten. Er illustriert dies an der den Nationalökonomien seit dem Heraufkommen einer Sozialkritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem interessierenden Frage, ob es z. B. sinnvoll sei, die Begriffe „Krankheit“ und „Gesundheit“ auf Wirtschafts- und Sozialgebilde anzuwenden. Eine Zusammenarbeit von Medizin und Soziologie kann nur fruchtbar sein, wenn beide Wissenschaften die ihnen eigenen Aspekte bewahren und sich ihrer Verschiedenartigkeit bewußt bleiben. Während die Medizin unter „Welt“ bis vor kurzem wesentlich

„Natur“ im Sinne physikalischer, chemischer und biologischer Gegebenheiten verstanden hatte, versteht die Soziologie unter „Welt“ wesentlich „Kultur“ und damit den Bereich gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen. Eine soziologische Medizin sieht sich also gezwungen, über den bisherigen Sektor hinaus auch die soziale Seite in ihrer Bedeutung für Gesundheit und Krankheit einzubeziehen. In seinem Beitrag umreißt *Uexküll* die Grundzüge einer solchen Betrachtung, wobei dem Arzt als einem Faktor in der sozialen Wirklichkeit des Kranken besondere Beachtung geschenkt wird, während *Schelsky* die Institutionen des Gesundheitswesens, wie z. B. das Krankenhaus, in den Vordergrund rückt.

Als sehr aufschlußreich erweisen sich auch die „Kulturanthropologischen Betrachtungen über die Medizin“ von *Wolfgang Schoene*. Die Aufgabe des kulturanthropologischen Aspekts ist eine dreifache. Sie kann Vergleiche anstellen, sie kann den Gesichtspunkt der kulturellen Relativität zur Geltung bringen und sie kann die moderne wissenschaftliche Medizin selbst zum Erkenntnisobjekt erheben. Was *Schoene* im Dienste der letzteren Aufgabe zur Begründung der Konzeption einer „Medizinischen Kultur“ und zur Darstellung einiger Züge derselben darlegt, das ist sowohl soziologisch wie sozialpsychologisch in hohem Maße auch hinsichtlich der gewählten Beispiele beachtenswert.

Den „Speziellen Teil“ leitet ein Aufsatz von *René König* über „Strukturwandlungen unserer Gesellschaft und einige Auswirkungen auf die Krankenversicherung“ ein, der auf einen Vortrag des Verfassers bei der Jahrestagung des Verbandes der privaten Krankenversicherung aus dem Jahre 1958 zurückgeht und der mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit den Standpunkt der Soziologen bzw. Sozialpsychologen gegenüber dem Sozialpolitiker hinsichtlich des gestellten Themas abgrenzt.

Mit dem Beitrag von *Manfred Pflanz-Gießen* über „Die epidemiologische Methode in der medizinischen Soziologie“ treten wir in den engeren Bereich einer soziologisch orientierten Medizin ein, handelt es sich doch um die Kennzeichen einer Krankheit im Hinblick auf die Bedingungen und Umstände ihres Vorkommens im Sinne z. B. einer medizinischen „Ökologie“, einschließlich des geographischen Faktors. Schon 1847 untersuchte *Virchow* die Typhusepidemie in Oberschlesien und kam zu dem Ergebnis, daß die große Armut der Bevölkerung die Ursache der Epidemie gewesen sei. Seitdem ist die Entwicklung der epidemiologischen Forschung auf medizinsoziologischem Gebiet durch eine wachsende Zunahme der Geltendmachung von relevanten Ursachen gekennzeichnet.

Hans Strotzka-Wien steuert „Sozialpsychiatrische Überlegungen“ bei, die ein Gebiet berühren, das erst in den Anfängen seiner Entwicklung steht.

Der III. Teil „Aus dem Leben der Forschung“ wird eingeleitet durch „Betrachtungen zur sozialen Struktur des Krankenhauses“ von dem Amerikaner *Albert F. Wessen* (übersetzt von *Margret Tönnies*).

mann) und damit durch ein Thema, das in Anbetracht von Veröffentlichungen und Reden der letzten Jahre als ausgesprochen aktuell bezeichnet werden muß. Wer diesen Aufsatz mit soziologischem Interesse und Verständnis für medizinische Institutionen wie das Krankenhaus liest, der wird dem Verfasser gerne das Urteil ausstellen, daß seine Ausführungen — offenbar auf Grund persönlicher Erfahrungen — tiefgreifende Erkenntnisse über das Phänomen „Krankenhaus“ vermitteln unter den Abschnittsüberschriften „Die Krankenhaus-Station als soziales System“, „Die Kommunikationen zwischen dem Stationspersonal“ und „Die Ideologie der Krankenhaus-Angestellten“. Ebenfalls amerikanischen Ursprungs ist die Untersuchung von Morris L. Fried über „Soziale Schichtung und psychische Erkrankung“. In ihr soll die Beziehung zwischen sozialer Klasse bzw. Schicht und der psychischen Gesundheit sowie der psychischen Krankheit Gegenstand der Betrachtung sein. Leitgedanke ist der, daß „die Kultur weitgehend sowohl den Typ der Situation bestimmt, in der das Individuum in Konflikte und frustrierende Situationen gerät, als auch die verbessernden Praktiken, die es gebrauchen kann“. Das Thema „Soziale Klassen und psychische Erkrankungen“ ist vielfach Gegenstand von empirischen Untersuchungen gewesen, z. B. im Gebiet von New Haven, die 1950 einsetzten und deren zusammenfassender Band 1958 erschien. Die angewandte Methodik war sehr sorgfältig vorbereitet gewesen. Man ging von bestimmten Thesen, die den Zusammenhang bejahten, aus und suchte sie zu verifizieren. Auch die unterschiedlichen Therapien, die die Psychiater bei Patienten verschiedener sozialer Klassen anwendeten, wurden zur Debatte gestellt. Das bisher erfolgreichste Forschungsvorhaben ist das Yorkvielle-Projekt, das seit 1952 laufend in New York durchgeführt wird und das mit seinen Methoden und Ergebnissen die Weiterentwicklung der Wissenschaft vom menschlichen Verhalten stark gefördert hat. Die Ergebnisse konstatieren typische Unterschiede für die Ober-, die Mittel- und die Unterklasse.

Drei weitere Untersuchungen betreffen den Einfluß sozialer Faktoren in der Tuberkulose-Therapie, psychiatrische Aspekte zur Familiensoziologie (von Annemarie Dührssen-Berlin) und Umweltfaktoren und Abwehrmechanismen in der Behandlung jugendlicher Patienten.

Der IV. Teil bietet Literaturberichte über die medizinische Soziologie in den USA von Ray H. Elling und in Deutschland von Margret Tönnemann mit dem Titel „Einige Aspekte zur Entwicklung einer Medizin-Soziologie und Sozialpsychologie in Deutschland“. Ausgehend von der Straussschen Unterscheidung und von Schelskys Aufsatz vom Jahre 1958 weist die Verfasserin des letzteren Berichts kenntnisreich Anfänge und Entwicklung einer Medizinsoziologie in Deutschland nach mit Beifügung einer „Ausgewählten Bibliographie“, die nach Problemgruppen gegliedert ist. Es sei gestattet, in diesem Zusammenhang auch auf das zweibändige Werk „Medizin und Städtebau“ (1957) hinzuweisen.

Friedrich Bülow-Berlin

Bracher, Sauer, Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34. (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Band 14.) Köln und Opladen 1960. Westdeutscher Verlag. 1034 S.

Die oft mit mehr Leidenschaft als Einsicht geführte Diskussion unserer „unbewältigten politischen Vergangenheit“ hat in diesem Buche eine breite wissenschaftliche Grundlage erhalten. Auf einer umfassenden Bibliographie beruhend, durch Archivarbeit ergänzt, und mit einem der raschen persönlichen Orientierung dienenden ausführlichen Namensregister versehen, gibt die minutiöse Analyse in allen wichtigen Fragen eine zuverlässige Auskunft, die in Zweifelsfällen ein abgewogenes Urteil ersetzt. Wer um die Aufhellung eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte bemüht ist, und das sollte jeder Staatsbürger sein, wird dieses Buch in erster Linie berücksichtigen. Jedenfalls sei es sehr empfohlen.

Da die Verf. selbst ihre Gemeinschaftsarbeit im Vorwort als eine „Zwischenbilanz“ kennzeichnen, sei es uns gestattet, die Hauptposten der politisch-soziologischen Abrechnung nach bilanzmäßigen, d. h. nach Bewertungsgrundsätzen kurz zu überprüfen. Von oben begonnen, erscheint zunächst die Demokratie als solche, die ihre Kritiker noch heute eher unter die Passiva als unter die Aktiva der staatlichen Morphologie einzureihen bestrebt sind, gestützt auf die Tatsache, daß eine Vielzahl von Demokratien, nicht allein im Osten und in der weltpolitischen Zwischenzone, durch Diktaturen abgelöst worden ist. Und unterstützt durch unzulängliche wissenschaftliche Werturteile, nach denen die freiheitliche Staatsordnung, mit den modernen Zwangssystemen in dieser Hinsicht auf eine Stufe gestellt, nicht mehr als ein „Glaubenssatz“ sein soll, indes sie zweifelsohne als historischer Erfahrungsgrundsatz zu gelten hat. Denn im Zeitalter des Aufbruchs der Kolonialvölker kann die prinzipielle Richtigkeit des Hegelschen Satzes „Die Weltgeschichte ist der Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit . . .“ schwerlich noch bestritten werden. Mag sich die durch ein falsches Bewußtsein hervorgerufene Gegendemonstration auf einem runden Viertel der Erde auch noch so deutlich abheben, dauerhaft kann diese Ausnahme von der Regel, selbst wenn sich auf unserer Seite alte Fehler wiederholen sollten, nicht sein. Wenn die Verf. (S. 15) von dem „Experiment einer parlamentarischen Republik“, das in Deutschland 1918 durchgeführt worden sei, sprechen, so könnte das geschichtlich nur den Sinn haben, daß das deutsche Volk damals politisch noch nicht „reif“ gewesen sei — eine Annahme, für die die Beweise fehlen, und die auch deshalb zurückgewiesen werden muß, weil sonst die Lage der in der Politik völlig ungeübten jungen Nationen als ausweglos zu betrachten wäre, was sie nach den bisherigen Erfahrungen nicht ist.

Zwei wichtige Erkenntnisse sind damit gewonnen. Die Weimarer Republik war historisch sowie ihrer Anlage nach, und einer weitverbreiteten Ansicht entgegen, ein echter Neubeginn. Sie war kein „Spät-

stadium“ noch Provisorium (das die Bundesrepublik auch nur in räumlicher Beziehung ist, während ihre freiheitliche Verfassungsstruktur ein Definitivum darstellt). Im Gegensatz zu ihr trug der nationalsozialistische Staat episodenhaften Charakter. Mit Recht heißen ihn die Verf. deshalb nur das sogenannte oder auch „Dritte Reich“, eine Sprachregelung, die allgemein der Brauch werden sollte. Denn dieses politische Gebilde trug das Zeichen des Zerfalls auf der Stirn. Allein schon die Verwirklichung des Programmpunktes Nr. 1, „Vereinigung aller Deutschen“, mußte zum Bruch der bestehenden internationalen Ordnung, zu Krieg und Katastrophe führen. Außerdem fehlte die rechtsstaatliche Ordnung als dauerhaftes Fundament. Dafür stützten die Machthaber ihre Ansprüche ersatzweise, wie noch heute üblich, auf zwei Theorien, auf ihre im Vergleich zum Kommunismus indeterminierte, darum jedoch nicht weniger messianische Geschichtsidee sowie auf die These von der „legalen Machtergreifung“. Es ist ein besonderes Verdienst der Verf., daß sie diese noch immer grassierende Version, die als neue „Dolchstoßlegende“ wirkt, durch Gründlichkeit widerlegen helfen.

Allerdings offenbart sich gerade an dieser Stelle ein deutlicher Bruch der „Bilanzkontinuität“, der thematisch bedingt ist. Gegenstand der Untersuchung ist nicht der Prozeß des Machtübergangs in seiner Gesamtheit, sondern lediglich die Macht-„Ergreifung“ (ihre „Auflösung“ wurde von Bracher in einem besonderen Buche behandelt). Da der Vorwurf streng durchgezogen ist, mag der Eindruck entstehen, als ob diese „permanente Revolution“, ein der kommunistischen Phraseologie entlehnter Begriff, das Entscheidende wäre. Tatsächlich verhält es sich jedoch nicht so. Denn wenn die Entwicklung eines Staates in Richtung auf den Totalitarismus erst einmal bis zu diesem Stadium gediehen ist, dann vollzieht sich alles mehr oder minder zwangsläufig. Die auffälligen Parallelen zur kommunistischen Machtergreifung in Rußland hätten für uns — aber welches Volk lernt schon aus der Geschichte? — ein Warnungssignal sein müssen. Denn dort wurde auf einer ähnlichen krisenhaften „Basis“, die stets den Nährboden abgibt, dieselbe Sammelsiebtaktik praktiziert, die von einer Bündnispolitik (Konföderation, Koexistenz) über die „Doppelherrschaft“ zur Sezession und Liquidation und auf diese Weise zur Errichtung der Diktatur führte. Nur mit dem Unterschied, daß keine Macht-Übergabe erfolgte, jedenfalls keine bewußte.

Dies aber ist der springende Punkt, der durch das Wesen der Macht, den zweiten Grundfaktor, gebildet wird. Macht ist, weit entfernt davon, ein Gegensatz zur Demokratie zu sein, ein Lebenselement jeder Gemeinschaft, bis hinauf zu den Vereinten Nationen. Kranken sie nicht gerade daran, daß sie ihrer heute noch in einem entscheidenden Umfange entbehren müssen? Eine Frage, in der sich die freie Welt, im Gegensatz zum Sowjetblock, ziemlich einig ist, was darauf schließen läßt, daß die von Gefahr umgebene moderne Industriegesellschaft ein gutes Empfinden für die Verpflichtung des Staates hat, die ihm vom Volke übertragene Macht auch im Interesse der Gemein-

schaft zu gebrauchen. Sie will keinen sogenannten „starken Staat“, aber einen, der sie vor Gewalt schützt. In solchem Falle wird sie bereitwillig der Politik folgen. Das zeigte sich besonders deutlich auch an jener schicksalsschweren Wende des Jahres 1932, als die Regierung dank ihrem entschlossenen Auftreten gegen die Bedrohung erheblich an Vertrauen gewann, wodurch dem Nationalsozialismus empfindliche Stimmenverluste beigebracht wurden. Es kann also keine Rede davon sein, daß, wie ein bedeutender Historiker einmal geäußert hat, Macht an sich böse sei (oder gar, daß ihr Träger, der Staat, wie Marx meinte, „absterben“ müsse). Wäre es noch immer nötig, diese Behauptung zu widerlegen, so ließe sich der wahre Sachverhalt, außer an dem Bestehen der Sowjetunion, nicht überzeugender dartun als an dem „Fall“ der ersten deutschen Republik.

Ihr Machtschwund, dem auf der gegnerischen Seite notwendigerweise — denn die Politik duldet ein Vakuum genau so wenig wie die Natur — ein Machtzuwachs entsprach, hatte sicher sehr verschiedene Ursachen. Dennoch läßt sich, wenn man historisch an die Erscheinungen herantritt, eine ungefähre Rangordnung der Gravitationskräfte behaupten. Den ersten Platz nehmen u. E. die ökonomischen Faktoren ein. Man stelle sich vor, es hätte zwischen 1929 und 1932 keine Weltwirtschaftskrise mit über 6 Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern als „Reservearmee“ des Extremismus gegeben und sein Sieg wird sofort undenkbar. Gegen diese heute überwiegend vertretene Ansicht, daß die Staatskrise wirtschaftlich determiniert war, was sich bis zu einem gewissen Grade sogar statistisch nachweisen läßt, wenden die Verf. (S. 34) ein, daß die Republik ja auch in den schwereren Jahren 1920 bis 1923 das Feld behauptet habe. Das ist richtig insoweit, als damals die Lage durch eine außenpolitische Bedrohung gekennzeichnet war (Ruhrbesetzung), während die innenpolitischen Verhältnisse an Turbulenz (Kapp-, KP-, Hitler-Putsch) nicht nachstanden. Aber, und das ist das Entscheidende, die Demokratie blieb — nicht zuletzt infolge der ganz anders gearteten Umstellungs- und Inflationskrise, die, soziologisch gesehen, die Hauptlast auf die politisch inaktive Schicht der Rentner verlagerte — voll intakt, wogegen die aus der Folgekrise erwachsende destruktive Mehrheit von rechts und links ihre absolute Funktionsfähigkeit herbeiführte. Angesichts der zerstörenden Kraft der wirtschaftlichen Not, die die kulturellen Leistungen der Zeit zuschanden machte, wird man die Wirkung der Ideologien nicht sehr hoch einschätzen. Ihre Bedeutung dürfte sich, was den Nationalsozialismus betrifft, auf die Eschatologie, auf das Bemühen beschränkt haben, das „Tausendjährige Reich“ „weltanschaulich zu untermauern“, d. h., es vor allem durch Anleihen bei der Geschichte und der Philosophie international und politisch kreditfähig zu machen. Eine Taktik, der die ehemaligen Siegermächte mit ihrer heute allgemein als fehlerhaft erkannten Beschäftigungspolitik zu Erfolgen verhalfen, von denen ein Teil, der Demokratie ermöglicht, wahrscheinlich ausreichend gewesen wäre, das Chaos zu verhindern.

So gaben letztlich, in einem doppelten Sinne und wiederum historisch gesehen, die nationalen Kräfte den Ausschlag. Daß Hitler als Führer der stärksten Partei zum Regierungschef berufen wurde, entsprach zwar dem Buchstaben, nicht aber dem Geiste der Weimarer Verfassung. Er war also keineswegs, wie man heute sagen hört und wie die Verf. mit Recht rügen, die „Konsequenz der Demokratie“, vielmehr ihre Inkonsequenz. Wer allerdings der Auffassung ist, der wir uns anschließen, daß dieser Akt der endgültigen Kapitulation vor der Revolution des Ungeistes in der Form einer Scheinlegalität, deutlicher gesagt, in Gestalt des Verfassungsbruchs vor sich ging, der wird die Gegenfrage beantworten müssen, wie es anders hätte weitergehen sollen. Nachdem „die letzten hundert Meter“ zu einer Lebensgefahr für die Nation geworden waren und nachdem sich Interessenpolitik und Machtintrigen in bedenklichster Weise zu mischen begonnen hatten, blieb nur noch eine Möglichkeit. Die gleiche, die auch die V. französische Republik in einer ähnlich ausweglos erscheinenden Situation ergriffen hat und die darin bestand bzw. besteht, die rechtmäßige Macht (gemäß Artikel 48) gegen Gewalt, Willkür und Unvernunft zu setzen. Um wirklich „Schlimmeres zu verhüten“, mußte dieser Gang gewagt werden. Das konnte um so eher geschehen, als am Schluß der Weltwirtschaftskrise gegen Ende 1932 die Hälfte des Volkes, voran die Gewerkschaften, allen Anfechtungen zum Trotz und in einer nicht alltäglichen moralischen Haltung noch fest im Boden des Rechtsstaates wurzelten, den es zu retten galt. Ein Risiko, für dessen Abschätzung das Buch (S. 42 ff., 62 ff. und 692 ff.) lehrreiches Material zusammenstellt, blieb es unbedingt. Es in etwaigen künftigen Fällen so gut es geht einzuschränken, ist die Aufgabe, die uns heute gestellt ist mit der Schaffung eines neuen Notstandsgesetzes.

Julius Gumpert-Berlin

Fraenkel, Ernst: Das amerikanische Regierungssystem. (5. Band der Reihe „Die Wissenschaft von der Politik“, herausgegeben im Auftrage des Otto-Suhr-Instituts an der Freien Universität Berlin.) Köln und Opladen 1960. Westdeutscher Verlag. 379 S. Mit Quellenbuch 61 S.

In einer immer stärker nach Einheit drängenden Welt ist der Vergleich der politischen „Verfassungen“ der Völker und Nationen eine der wichtigsten Aufgaben. Auf Grund seiner Erfahrungen als akademischer Lehrer in der Alten und der Neuen Welt unternimmt es der Verf., uns Deutsche mit dem „American way of life“ im politischen Raum vertraut zu machen. Die gewählte Methode, das Denken in Gegensätzen, erweist sich auch hier als sehr fruchtbar. Von der Staatsgeschichte ausgehend, warnt der Verf. vor einer schematischen „Übersetzung“ und Transplantation landläufiger Begriffe, die zu einer Fehlbeurteilung führen, wie etwa in der Frage der Präsidentschaftsdemokratie oder des Zweiparteiensystems. Umgekehrt muß natürlich dasselbe gelten. Wenn die Amerikaner die Integration ihres Wirtschaftsraumes von kontinentaler Größe als „the great rehearsal“, als

Präjudiz für „Die Vereinigten Staaten von Europa“ anerkannt sehen möchten (S. 121), so kann anscheinend nicht oft genug auf den grundlegenden Unterschied hingewiesen werden, daß damals, vor etwa 200 Jahren, auf einer gemeinsamen politischen Plattform aufgebaut werden konnte, während heute, das kommt hinzu, das „In-Kontinenten-Denken“ allein schon durch die (Raketen-)Technik als überholt zu gelten hat. Auch geschichtliche Parallelen können, wie man sieht, leicht auf Abwege führen. Vielleicht wird man Ähnliches von der allgemeinen Kennzeichnung des Verf. (S. 90) sagen müssen: „Einst der liberale Parvenue im Kreise anti-liberaler konservativer Monarchien ist USA heute der liberale Doyen anti-liberaler sozialer Wohlfahrtsdemokratien.“ Dieses Urteil dürfte nach der „State of the Union message“ des neuen Präsidenten wohl nicht mehr aufrecht zu erhalten sein. Bedenken weckt ferner eine nicht nur in Amerika verbreitete förmliche Angewohnheit, den Rechtszustand eines Staates danach zu beurteilen, ob, wie es der Verf. (S. 201) ausdrückt, „ein dem Habeas Corpus vergleichbares Rechtsinstitut existiert und verfassungsmäßig anerkannt ist“. In der Verfassung der UdSSR, um auch diese Seite zu berücksichtigen, fehlt von dem Katalog der persönlichen Freiheitsrechte (Gleiches ist von den „Volksdemokratien“ zu sagen) kaum eines, vom Streikrecht abgesehen, selbst nicht das Eigentums- und Erbrecht. Und doch ist ihr Status nicht als ein solcher des „Rule of Law“ zu bezeichnen. Am wenigsten wahrscheinlich unter staatsrechtlichen Gesichtspunkten. Nach der sowjetischen Verfassung haben die Unionsrepubliken, eine in der Geschichte meines Wissens einmalige Erscheinung, „das Recht auf freien Austritt“ aus dem Staatsverbände, aber die Zentralregierung ist gleichzeitig in der Lage, die Minister der Länder (in der Sowjetzone sind sie seit 1952 ganz abgeschafft) abzusetzen. Der „Föderalismus“ steht also hier, ganz im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, völlig unter dem Primat der Außenpolitik (der sich selbstverständlich auch, und das sollte uns in der Bundesrepublik zu denken geben, auf die Finanzwirtschaft und das Fernsehen erstreckt).

Diese aus aktuellem Anlaß angebrachten Zwischenbemerkungen mögen die Bedeutung des vorgelegten Buches unterstreichen. Im Untertitel nennt der Verf. seine mit einem reichhaltigen Sach- und Schlagwortregister versehene rechtspolitische Analyse einen „Leitfaden“. Der Leser wird finden, daß die Arbeit mehr bedeutet, daß sie ein wichtiges Nachschlagewerk darstellt, dem über den akademischen Unterricht hinaus weite Verbreitung zu wünschen ist.

Julius Gumpert-Berlin

Stieglitz, Heinrich: Der soziale Auftrag der freien Berufe. Ein Beitrag zur Kultursoziologie der industriellen Gesellschaft. Köln und Berlin 1960. Verlag Kiepenheuer & Witsch. 8°. 339 S.

Der Begriff „freier Beruf“ dürfte von der Gewerbegesetzgebung der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts datieren, die in der Absicht, die neue Industriegesellschaft und -gesellschaft nach Möglichkeit zu

„ordnen“, die Vertreter der „schönen Künste“ als Sondergruppe heraushob. Seitdem ist dieser Kreis, dem Ärzte, Schriftsteller und ähnliche Berufe angeschlossen wurden, ständig erweitert worden. Dominierend wurden dabei allmählich die Belange des Steuerrechts, das für seine Zwecke eine soziale Gruppe bildete, die — und das sind ihre Hauptkennzeichen — in Unabhängigkeit vorwiegend geistige Leistungen vollbringt. Daß die Soziologie diesen Begriff jetzt auf ihre Weise zu definieren versucht, kann ihr nicht verwehrt werden. Grundsätzlich erhebt sich allerdings die Frage, ob es zweckmäßig ist, einen Begriff, der sich inzwischen über seinen Ursprungsbereich, über die Rechtssphäre hinaus Anerkennung verschafft hat, mit anderen Inhalten zu füllen. Eine gewisse Zurückhaltung ist hier entschieden angebracht. Besonders wenn damit (S. 94) die Einführung so zweifelhafter Bezeichnungen wie „Kritik und Selbstkritik“ verbunden wird. Dieser Doppelbegriff hat im Herrschaftsbereich des dialektischen Materialismus, dem er entlehnt ist, die spezifische Bedeutung von (gesteuerter) Anschuldigung und Selbstanschuldigung, läuft also dem Wissenschaftsprinzip direkt zuwider. Andererseits wird nichts Besonderes ausgesprochen, wenn der Verf. den „freien Berufen“ die Funktion der Sozialkritik zuerkennt, die in der Demokratie ein allgemeiner Auftrag ist. Warum sie im übrigen keine originäre, sondern nur eine abgeleitete Kulturfunktion ausüben und lediglich „das erste Publikum für die schöpferische Produktion der Intelligenz“ bilden sollen, wird nicht recht klar, um so weniger, als sich der Verf. zu einer ungewöhnlichen Ausweitung des Begriffs genötigt sieht. Indem er Berufsarten hinzunimmt, die sich in abhängiger Stellung befinden (S. 12), vermag er zwar seine sonstigen Thesen (S. 278 f.) zu begründen, jedoch verändert er das Bild der Wirklichkeit dadurch derart, daß seine sehr fleißige, die Gesamtproblematik gut umreißende Dissertation nun entsprechend abstrakt wirkt. Ein Dilemma, in das alle Geisteswissenschaften eingespannt sind, das sich aber heute besonders deutlich in der Formalsoziologie abhebt. *Julius Gumpert-Berlin*

Eschenburg, Theodor: Ämterpatronage. Stuttgart 1961. Curt E. Schwab GmbH & Co. Verlagsgesellschaft. 75 S.

Auf geschichtlicher Grundlage entwickelt der Verf. eine Typologie der Ämterpatronage. Sie reicht von der Versorgungspatronage über den Nepotismus bis zur „Vertreibungspatronage“ des „Dritten Reiches“. So verschieden wie die Arten und Verfahrensweisen sind ihre Motivierungen. Ideelle und weltanschauliche Gründe sind ebenso feststellbar wie Geschäftsinteressen und ein mehr oder weniger verhülltes Machtstreben. Dementsprechend sind im allgemeinen die Grade der Einwirkungen, die von der Bitte und dem Rat über die Koppelung und den Tausch bis zu Druck und Erpressung führen können. Ämterpatronage liegt nach Meinung des Verf. da vor — ein fest umrissener Begriff ist wegen ihrer Vielgestaltigkeit schwer zu finden —, wo die Einstellung, Beförderung und Abberufung von Beamten, also die Personalpolitik im öffentlichen Dienst, durch nicht-

zuständige Stellen (vor allem Parteien, Kirchen und andere Gruppen) praeter oder contra legem erfolgt. In bezug auf die sichtbaren Formen der Patronage stellt die Untersuchung ein Nachlassen fest, während die diskreteren Beeinflussungen zugenommen haben sollen, und zwar derart, daß bei uns ein „gewaltiges Reformunterfangen“ nötig sei (S. 75). Im übrigen, so sagt der Verf. (S. 21), tendiere jedes politische System zur Patronage. Ist es jedoch nicht so, daß dieses Problem, aufs Ganze gesehen, praktisch überhaupt nur innerhalb der Demokratie, d. h. außerhalb der autoritären Einparteiherrschaft mit ihrer präventösen Staatsidentität, ansteht? *Julius Gumpert-Berlin*

Politische Forschung. Beiträge zum zehnjährigen Bestehen des Instituts für politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin. herausgegeben von Otto Stammer. Köln und Opladen 1960. Westdeutscher Verlag. 272 S.

Der Rechenschaftsbericht des Instituts gibt nicht nur einen Überblick über seine eigene, während des ersten Dezenniums geleistete Arbeit, sondern er vermittelt auch einen interessanten Einblick in die Tätigkeit und die Auffassungen vergleichbarer wissenschaftlicher Einrichtungen der freien Welt. Wenn es in dem französischen Beitrag von A. Grosser (Paris) heißt: „Die Politik ist keine Wissenschaft“, so wird das nicht allerorten, vom Osten ganz zu schweigen, beifällig aufgenommen werden. Und doch ist kein Zweifel, daß, wäre der Sachverhalt ein anderer, rein logisch erfassbare Probleme wie die Abrüstung und die Wiedervereinigung bereits gelöst sein müßten. Da das nicht der Fall ist, muß die Politik noch immer als eine Kunst gelten, nämlich als eine solche des Möglichen. Deshalb kann aber auch die inverse Funktion nicht „Wissenschaft des Unmöglichen“ heißen. Aber es könnte sich in Zukunft, wie die italienische Untersuchung von N. Bobbio (Turin) in Anlehnung an Friedrich List zu bedenken gibt, so etwas wie eine „Wissenschaft des Notwendigen“ ergeben. Allerdings nicht auf der Grundlage einer von J.-M. Jansson (Helsinki) abgelehnten „Geopolitik“ und ähnlicher Spekulationen, sondern nur mit Hilfe der empirischen Forschung. In dieser Hinsicht ist vor allem die Studie S. Neumanns (Middletown) über die neuesten amerikanischen Forschungsmethoden aufschlußreich, die hauptsächlich auf die politische und geschichtliche Dynamik gerichtet sind. Als ihr wichtigstes Ergebnis erscheint heute die Freiheit. Deshalb bezeichnet auch O. H. von der Gablentz die sogenannte Politologie in seinem Überblick geradezu als „Wissenschaft von der Freiheit“, wobei jedoch auch die sozialen Bindungen eine Rolle spielen. Dies läßt schon die wichtige ausländische Bibliographie erkennen, die der von O. Stammer verfaßten Darstellung des Werdeganges des Berliner Institutes angefügt ist.

Julius Gumpert-Berlin

Gunzert, Rudolf: Was ist Konzentration? (Wirtschaftssoziologische Studien, herausgegeben von R. Gunzert, Heft 1.) Frankfurt a. M. 1960. Fritz Knapp Verlag. 100 S.

Gunzert, Rudolf: *Konzentration, Markt und Marktbeherrschung.* (Wirtschaftssoziologische Studien, Heft 2/3.) Frankfurt a. M. 1961. Fritz Knapp Verlag. 122 S.

„Die Schriftenreihe hat das Ziel, aktuelle Fragen der Wirtschaft, die auch von gesellschaftspolitischer Bedeutung sind, aus dem interessenbestimmten Für und Wider der wirtschaftspolitischen Diskussion herauszuheben und durch leidenschaftslose Untersuchung begrifflich exakt zu fassen.“ Die erste Studie beschränkt sich im wesentlichen auf eine Klärung des Konzentrationsbegriffes. In einem Gang durch die Literatur von der Zeit des Merkantilismus bis zur Gegenwart gibt der Verfasser einen Überblick über die verschiedenen Meinungen und Erörterungen, die die mannigfaltigen Konzentrationsvorgänge in der Volks- und Betriebswirtschaft betreffen. Nach einer kritischen Auseinandersetzung mit dem „modernen“ Konzentrationsbegriff bezeichnet Gunzert die Konzentration als „einen Prozeß im Zeitablauf, der sich als ein Wachstum des Leistungsanteils der oberen Betriebs- bzw. Unternehmensgrößenklassen gegenüber den kleineren Größenklassen manifestiert“. Diese Definition bedürfe jedoch einer Ergänzung, die über die Arten, die Träger, die Formen und die Richtung der Konzentrationsprozesse Näheres besagt. So unterscheidet der Verfasser nach der Art der Konzentration die Betriebskonzentration, die Unternehmenskonzentration und die Konzentration durch Kooperation.

In der zweiten Studie wird die Frage erörtert, ob die Konzentration zu marktwirtschaftlichen Machtstellungen führe und dadurch Marktwirtschaft und Gesellschaftsordnung gefährde. Der Verfasser bemüht sich auch in dieser Schrift zunächst um eine Klärung der begrifflichen Grundlagen, indem er zu den Meinungen angesehener Autoren Stellung nimmt. Die in unserer Wirtschaft vorherrschende Marktform sei die unvollständige Konkurrenz. In dieser Situation können sich Konzentrationsvorgänge verschiedenartig auswirken. Drei Möglichkeiten sind denkbar: 1. die Struktur der Märkte bleibt unberührt; 2. die Märkte werden in Formen überführt, die sich dem Monopol annähern; 3. der Wettbewerb wird verschärft, wobei unter Umständen andere Formen als die der Preiskonkurrenz angewandt werden. Wir stimmen Gunzert zu: „Es ist unmöglich, ein allgemeingültiges Urteil darüber abzugeben, ob durch die Konzentrationsprozesse die tangierten Märkte zu ausgeprägteren Teiloligopolen, Oligopolen oder gar Teilmonopolen verwandelt werden. Nur eine sorgfältige Analyse der Einzelfälle erlaubt es, unter Berücksichtigung aller individuellen Daten, ein Urteil darüber abzugeben, was gerade in diesem, seiner Art nach grundsätzlich einmaligen Falle auf den Märkten geschieht bzw. geschehen ist.“

Die beiden Schriften geben eine gute Orientierung über eins der wichtigsten Probleme der modernen Marktwirtschaft.

Herbert Schack-Berlin

Pritzkoleit, Kurt: *Männer, Mächte, Monopole.* Hinter den Türen der westdeutschen Wirtschaft. Düsseldorf 1960. Karl Rauch Verlag. 648 S.

In erster Auflage 1953 herausgebracht, erscheint dieses Werk, das „hinter die Türen der westdeutschen Wirtschaft“ leuchten will, in wesentlich erweiterter Form. Hatte schon *Wiedefeld* 1911 auf das „Persönliche im modernen Unternehmertum“ hingewiesen und ist häufig genug der gigantische Aufstieg großer Industriemagnaten sowohl in Romanen wie in wissenschaftlichen Monographien behandelt worden, so sieht das vorliegende reichhaltig mit Überblicken und statistischen Nachweisen ausgestattete Buch seine Hauptaufgabe darin, den in der Industrie, aber auch im Handel seit 1945 immer stärker in Erscheinung tretenden Konzentrationsprozeß von der personellen Seite her, d. h. in der von dem Handeln großer Persönlichkeiten getragenen Konzernbildung darzustellen und so aufzuweisen, wie nach der von den Siegermächten diktierten „Entflechtung der Montankonzerne und der Großbanken“ eine Rekonzentrationsbewegung größten Formats eingesetzt hat, die neben den alten neue Namen und Zusammenschlußgebilde heraufgeführt und neue wirtschaftsrechtliche Komplikationen geschaffen hat. Die Auffassungen über diesen einzigartigen Vorgang gehen naturgemäß weit auseinander. P. beschränkt sich auf einen Tatsachenbericht und überläßt es dem Leser, sich an Hand eines sehr sorgfältig erarbeiteten und geschickt zusammengestellten Materials sein Urteil selbst zu bilden. *Friedrich Bülow-Berlin*

Harding, Fred O.: Politisches Modell zur Wirtschaftstheorie. Theorie der Bestimmungsfaktoren finanzwirtschaftlicher Staatstätigkeit. Freiburg i. Br. 1959. Verlag Franz Goerlich. 130 S.

Modelle gehören zu den wichtigsten Werkzeugen des Wissenschaftlers; mag man über ihren Wert für die empirische Forschung verschiedener Meinung sein, über ihre Bedeutung für die Lehre gibt es keinen Zweifel. Modelle geben nicht die Wirklichkeit wieder, sondern nur einzelne ihrer Aspekte, und zwar in verdeutlichend-vergrößernder, abstrahierender Form, um sie übersichtlich zu machen; der didaktische Wert eines Modells steht und fällt mit dem empirischen Gehalt seiner Prämissen. Daß an diese Binsenwahrheit gelegentlich erinnert werden muß, beweist das vorliegende Buch.

Ohne Zweifel wäre es ein verdienstvolles Unternehmen, das Zusammenwirken von „politischem“ und „wirtschaftlichem“ Verhalten in den Bereichen der finanzwirtschaftlichen Staatstätigkeit modellartig zu verdeutlichen. Der Verfasser baut sein Modell auf der vereinfachenden Annahme auf, die Aufteilung des Sozialprodukts in Kollektivgüter und Individualgüter werde durch die „finanzwirtschaftliche Entscheidung“ getroffen; auf Grund von Schumpeters Definition der Demokratie als einer besonderen Methode, zu politischen, legislativen und administrativen Entscheidungen zu gelangen, entwickelt er sein Modell vom „Konkurrenzkampf um Macht und Amt“, ausgehend von dem natürlichen Streben der Politiker nach Stimmengewinn. Aus diesem Motiv, das zugleich der Maßstab politischen Verhaltens sei, glaubt er, die Ergebnisse dieses Verhaltens erklären zu können; er unterstellt, daß die Regierung zum Zwecke des Stimmgewinns nur zwei

Mittel hat, nämlich die Manipulation der Steuern und der Staatsausgaben. „Die Wähler . . . werden demjenigen Politiker ihre Stimme geben, der ihnen die beste Befriedigungsmöglichkeit ihrer Bedürfnisse anbietet . . . Sie werden demjenigen Politiker ihre Stimme geben, dessen Programm in seiner Kombination (von Staatsausgaben und privat verfügbarem Einkommen) ihrer Bedürfnisstruktur am nächsten kommt. Die Regierung ihrerseits veranschlagt den Wert einer Kombination nach der Anzahl der Stimmen, die sie damit gewinnen kann“ (S. 84 f).

Was der Verfasser damit bietet, ist also lediglich eine banale Theorie der Wahlgeschenke, eine Theorie, der jede Bezugnahme auf die Probleme der budgetären Eigendynamik, des administrativen Verhaltens und der weltanschaulich-normativen Bindungen des Politikers fehlt und die infolgedessen kaum mehr erklären kann als einige krasse Sonderfälle politischer Entscheidungen in Wahljahren. Der heuristische Wert der Verhaltensmaxime „Streben nach Stimmengewinn“ ist dem des unternehmerischen Gewinnstrebens vergleichbar: die Erzielung eines Gewinns ist sicherlich ein für jeden Unternehmer selbstverständliches Ziel, und das Gewinnstreben definiert daher den Verhaltensspielraum des Unternehmers; diese Definition reicht aber schon beim Unternehmer nur in einzelnen Fällen zur Erklärung seiner konkreten Handlungen aus. Muß doch z. B. der Unternehmer ständig Gewinn machen, während der Politiker nur alle vier Jahre „Stimmen zu fangen“ braucht. Infolgedessen reicht das Streben nach Stimmengewinn nicht aus, das Verhalten des Politikers zu erklären, selbst wenn man so zynisch sein will, bei ihm eine rein rational auf Machtgewinn gerichtete Motivation zu unterstellen.

Jede Theorie muß Annahmen zugrundelegen, die mehr oder weniger unreal sind. „Ausschlaggebend ist lediglich dieses ‚mehr oder weniger‘; der Nachweis, daß die Annahmen einer Theorie unreal sind, kann die Theorie nicht stürzen.“ Soll aber ein Nutzen für die Erklärung der Wirklichkeit dabei herauspringen, muß die Vereinfachung da aufhören, wo diese Wirklichkeit so vielgestaltig ist, daß sie sich nicht linear ableiten oder auch nur erklären läßt; sonst bleibt sie nur eine gewiß geistvolle, aber letztlich unfruchtbare Spielerei.

Günther Schmölders-Köln

Spiegel, Bernt: Die Struktur der Meinungsbildung im Sozialen Feld. Das psychologische Marktmodell. Verlag von Hans Huber. Bern und Stuttgart, 1960. 158 S.

Spiegels Arbeit, obwohl im Sinne einer allgemeinen Theorie „mittlerer Reichweite“ für *alle* sozialwissenschaftlichen Disziplinen von Belang, wird vermutlich in der Sozialökonomik auf das größte Interesse stoßen. Mit der Markt- und Werbepsychologie hat sich der Autor seit längerem im Grenzgebiet zwischen Psychologie, Sozialpsychologie und Ökonomik angesiedelt. Aus diesem Bereich stammen die meisten Anwendungsbeispiele für sein Modell, in dieses Gebiet zielen die meisten theoretischen und praktischen Konsequenzen seiner Darlegungen.

Es handelt sich also nicht nur um ein sozialpsychologisch-ökonomisches *Marktmodell*, sondern Spiegels Theorie beansprucht für jedes soziale Feld Geltung, in dem es zur „Anhängerschaft an Meinungsgegenstände“ kommt, handele es sich bei diesen Meinungsgegenständen nun um einen Markenartikel, ein politisches Programm, eine weltanschauliche Idee, eine Person oder das Projekt eines neuen Rathauses. Als „soziales Feld“ wird die Gesamtheit aller derjenigen Menschen bezeichnet, für die der jeweilige Meinungsgegenstand aktuell werden kann; der Markt eines Produktes wird demnach durch die Gesamtheit der potentiellen (nicht nur der präsumptiven) Käufer definiert. Dieses Feld wird im Modell anhand der für die Anhängerschaft zum Meinungsgegenstand relevanten Merkmale polar strukturiert; der Ort des einzelnen Individuums bestimmt sich durch dessen Beziehung zu den polaren Strukturmerkmalen, seien diese nun psychologischer (extravertiert — introvertiert), soziologischer (hoher sozialer Status — niedriger sozialer Status) oder ökonomischer Art (hohes Einkommen — niedriges Einkommen). Handelt es sich bei den Polpaaren nicht um Alternativen (Mann — Frau), sondern um Extreme eines Kontinuums, so erreicht man eine mehr oder weniger gleichmäßige Verteilung der Individuen über das gesamte Feld, in dem die Verbindungslinien der Pole als Koordinaten fungieren. Da sich die Einstellung zu einem Meinungsgegenstand in aller Regel nicht durch ein einziges Merkmal erklären läßt, wird das Feld meist mehrdimensioniert sein; dabei ist eine orthogonale Anordnung der Koordinaten natürlich nur zu vertreten, wenn es sich um voneinander unabhängige Merkmale handelt.

Das Modell kann also erst dann errichtet, das Feld erst dann definiert werden, wenn bereits bekannt ist, aus welchen psycho-sozialen Eigenarten der Menschen sich deren Anhängerschaft oder Gegnerschaft zu einem Meinungsgegenstand erklärt. Das Modell sieht vor, daß die Meinungsverteilung in ihren wesentlichen Strukturen dargestellt wird. Aber welche Strukturen dies im Einzelfalle sind, muß zunächst durch empirische Forschung ermittelt werden, und zu dieser Ermittlung gibt das Modell naturgemäß keinen Fingerzeig. Was also leistet das Modell? Wir werden uns bei der Erörterung dieser Frage auf die ökonomischen Anwendungsbereiche des Modells beschränken.

Der Ort des Meinungsgegenstandes im sozialen Feld wird durch den Ort seiner spontanen Anhänger bestimmt. Das Modell veranschaulicht, in welcher Weise sich das Feld jeweils in Anhänger des Meinungsgegenstandes, in Indifferente und Nichtinformierte aufteilt, und es liefert Kriterien, die jeweilige Verteilung zu erklären. Es zeigt, wie sich die Anhängerschaft bei zunehmender Bekanntheit des Meinungsgegenstandes und insbesondere unter dem Einfluß der Werbung entwickelt, wann die weitere Erhöhung des Marktanteils unwirtschaftlich und wann sie unmöglich wird; es zeigt, wie sich konkurrierende Meinungsgegenstände im Feld zueinander verhalten, an welchen Stellen ein neu einzuführendes Produkt die meisten Absatzchancen hätte und wie es gestaltet sein müßte, um diese Chancen wahrzunehmen.

Diese und ähnliche Fragen werden in mancherlei Varianten und zur Klärung zahlreicher interessanter Spezialprobleme durchgespielt; die ausführliche Behandlung des Themas wirft manches Licht auf das Wesen des Marktes, des Produkts, der Werbung, der Monopol- und Konkurrenzsituationen.

Diese Betrachtungsweise ist um so fruchtbarer, als der Autor mit Prämissen arbeitet, die die Voraussetzungen bisheriger ökonomischer Marktmodelle an Wirklichkeitsnähe bei weitem übertreffen — genauer gesagt: die die abstrakt dargestellte und erklärte Wirklichkeit besser und richtiger strukturieren. So wird das Produkt nicht durch seine objektive Beschaffenheit, sondern durch die „Verbrauchervorstellung“ definiert, womit der Preis endgültig auf seinen Platz verwiesen wird, d. h. zu einem unter zahlreichen Kriterien der Nachfrage herabsinkt. Der Markt wird in einer Weise definiert, die den Einbau von Forschungsergebnissen ohne Zusatzannahmen möglich macht. Der Begriff der Markttransparenz, der bei empirischer Betrachtung in mehrere konkrete Sachverhalte aufgelöst werden muß, um operabel zu werden, ist bei Spiegel durch die weniger komplexe „Feldtransparenz“, d. h. den Bekanntheitsgrad des Produkts ersetzt. Die Beziehungen zwischen Subjekten (potentiellen Käufern) und Objekten (Gütern) werden klar definiert, die Methoden zu ihrer empirischen Erhebung angegeben und schließlich wird eine wenn auch formale, so doch operable Bedürfnistheorie zugrundegelegt. Immer wieder zeigt die Lektüre, wie Psychologie und Sozialpsychologie nahtlos mit der Sozialökonomik verschmelzen, sobald man davon abgeht, lediglich die „rein ökonomischen“ Aspekte eines Phänomens betrachten zu wollen.

Ein schwerwiegender Einwand gegen ein Modell ist weder seine mangelnde Wirklichkeitsnähe noch seine Einseitigkeit, sondern immer nur, daß es die Wirklichkeit falsch strukturiert. Spiegels Marktmodell ist abstrakt wie jedes leistungsfähige Modell, es ist notwendigerweise einseitig, indem es darauf beschränkt ist, die *Dynamik* der Beziehungen von Angebot und Nachfrage darzustellen. Fordert man von einem Modell dieser Zielsetzung lediglich, daß es von besserem didaktischen und heuristischen Wert sei als bisherige, so steht außer Zweifel, daß Spiegel richtige Strukturprinzipien (Prämissen) gewählt hat, daß seine Darstellung dem gegenwärtigen Stand des Wissens gerecht wird und daß sein Modell dem Benutzer mancherlei Anregungen zu neuen Hypothesen und Forschungen vermitteln kann.

Anders stellt sich das Problem, wenn man Spiegels Hoffnung beurteilen soll, daß sein Modell auch operativen Wert erlangen werde. Diese Frage ist gegenwärtig schlechterdings nicht zu entscheiden. Spiegel selbst arbeitet zwar mit vielen und anschaulichen Beispielen, hat aber in keinem Falle versucht, das Modell mit allen für ein konkretes Problem relevanten empirischen Daten zu füllen und das Problem vollständig durchzuspielen. Theoretisch ist es durchaus möglich, daß z. B. der Einbau miteinander zusammenhängender Merkmale in n-Dimensionen das Modell nicht überfordert; theoretisch sind auch die vollständige Ermittlung der relevanten Merkmale und die exakte

Erhebung der jeweiligen Bedürfnisgrößen vorstellbar. Ob das in der im Modell vorgesehenen Weise gelingt, bleibt abzuwarten. Spiegel selbst sieht diese Schwierigkeiten durchaus, und zweifellos ist es in der Forschung fruchtbar und sinnvoll, den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun, d. h. das Ziel in Gestalt eines theoretischen Rahmens schon zu fixieren, bevor der Weg dorthin vollständig gepflastert ist. Hoffen wir, daß der Autor seiner Planskizze nun auch die mühseligen Pflasterarbeiten folgen läßt; in jedem Falle ist sein Buch ein wichtiger Beitrag zur Markttheorie, der weite Beachtung verdient.

Gerhard Scherhorn-Köln

Hatzold, O. und Helmschrott, H.: Analyse unternehmerischer Verhaltensweisen. Untersuchungen an Hand von Konjunkturtestdaten. (Schriftenreihe des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 44.) Berlin 1961. Verlag von Duncker & Humblot, 103 S.

Das Konjunkturtestverfahren des Münchener Ifo-Instituts mit seinen monatlich erscheinenden „Konjunkturspiegeln“ steht seit Ende 1949 im Dienst regelmäßiger Wirtschaftsbeobachtung und betrieblicher Markterkundung und hat in Wissenschaft und Praxis ständig zunehmende Beachtung gefunden. Über die Methodik und den Nutzen dieser laufenden Repräsentativerhebung, die sich zur Zeit an rund 9000 Industrie-, Bau-, Groß- und Einzelhandelsunternehmer wendet, haben Wilhelm Marquardt und Werner Strigel in ihrer Broschüre „Der Konjunkturtest“ (Nr. 38 dieser Reihe, Berlin 1959; vgl. auch die Besprechung in Schmollers Jahrbuch, 80. Jg. [1960], S. 635 f.) eingehend berichtet. Zugunsten meist „dreiwertiger“ Tendenzangaben (nur von Fall zu Fall ergänzt durch quantifizierende Sonderfragen) wird auf absolute Zahlen verzichtet. Dieses einfache Testprinzip gestattet, das Tatsachenmaterial in kürzester Frist zu sammeln, aufzubereiten und zu analysieren und namentlich auch „Urteile, Erwartungen und Pläne der Unternehmer in die Beobachtung einzubeziehen“ (S. 11), so daß die typologische und modelltheoretische Verhaltensforschung durch derartige empirische Verhaltensstudien gerade im Hinblick auf unternehmerische Erwartungen und Dispositionen verifiziert und realistisch fortentwickelt werden kann. (Dem Konsumentenverhalten ist bislang weit mehr Raum gewidmet worden.)

Die Verfasser unterrichten einleitend über die Grundlagen und den Gang ihrer Erhebungen und der Datenverarbeitung sowie über die Rolle der Erwartungen in der Wirtschaftstheorie seit Keynes und der Stockholmer Schule. Die Untersuchung selbst stellt getrennt auf die Unternehmererwartungen und die unternehmerischen Pläne ab und ermittelt als erwartungsbeeinflussende Faktoren 1. die effektive Entwicklung des Auftragseingangs in der Vorperiode, 2. die Tatsache, ob diese Entwicklung richtig vorhergesehen wurde oder eine Überraschung bildet, 3. das Ausmaß dieser Überraschung und 4. die Branchekonjunktur. Auch auf die unternehmerische Planung wirkt eine Vielzahl von Faktoren ein: „Die Produktionspläne hängen von der erwarteten Entwicklung des Auftragseingangs in der kommenden und der tatsächlichen Entwicklung in der abgelaufenen Periode sowie

von der Höhe des Auftragsbestandes ab. Die Preispläne richten sich entscheidend nach der Kostenentwicklung aus. Daneben sind für die Produktions- und Preispläne die Größe des Fertigwarenlagers und die allgemeine Geschäftslage bedeutsam“ (S. 73), doch konnte damit natürlich nur ein Teil der möglichen Einflußfaktoren erfaßt werden. Die Verfasser sondieren alsdann speziell die Reaktionsweisen der Unternehmer auf überraschende Nachfrageänderungen mit dem Ergebnis, daß hierdurch die Produktions- und Preispläne kurzfristig überwiegend nicht beeinflußt werden. „Soweit sie doch eine Planrevision hervorrufen, führen unerwartete Nachfragesteigerungen zu einer Erhöhung, unerwartete Nachfragerückgänge zu einer Senkung der Produktionstätigkeit oder der Preise. Die Produktionstätigkeit wird gegenüber dem Preis als Instrument der kurzfristigen Anpassung an überraschende Nachfrageänderungen bevorzugt“ (S. 89); dies gilt besonders für den Maschinenbau. Im Schlußkapitel wird die tatsächliche Entwicklung der planungsrelevanten Variablen in ihrer Bedeutung für die Analyse des Unternehmerverhaltens untersucht und den Zusammenhängen zwischen der Nachfrage und ex-post-Werten von Produktion und Preisen nachgeforscht.

Den Resultaten dieser Studie kommt insofern ausreichender Erfahrungswert zu, als sie so verschiedenartige Industriezweige wie Papiererzeugung, Papierverarbeitung, Werkzeugmaschinenbau und Textilmaschinenbau umschließt und ihr Material zum Teil unterschiedlichen Zeiträumen entstammt. Dennoch tragen die Ergebnisse übereinstimmende Züge und rechtfertigen die Annahme, daß es festumschriebene Verhaltensweisen der Unternehmer gibt, die sich im — jedenfalls kurz- und mittelfristigen — Zeitablauf nicht verändern. Der Wunsch, daß ähnliche Verhaltensanalysen auch an anderen Branchen vorgenommen werden, wird sich gewiß erfüllen.

Antonio Montaner-Mainz

Isard, Walter (in Association with D. F. Bramhall, G. A. P. Carrothers, J. H. Cumberland, L. N. Moses, D. O. Price, E. W. Schooler): *Methods of Regional Analysis. An Introduction to Regional Science*, New York-London 1960. The Technology Press of The Massachusetts Institute of Technology — John Wiley & Sons Inc. 784 p.

Im Rahmen des Gesamtprojekts der „Regional Science Studies“ steht der vorliegende Band der theoretischen Arbeit von *Isard* aus dem Jahre 1956 (*Location and Space-Economy*) nahe. Mit diesem grundlegenden Werk beabsichtigt *Isard* eine Synthese der zahlreichen Standorttheorien, die die Sozialwissenschaft, besonders die Nationalökonomie, seit *Thünen* entwickelt haben; hierauf allerdings ist *Location and Space-Economy* nicht beschränkt, sondern darüber hinaus wurde der Versuch unternommen, diese allgemeine Standorttheorie zur ökonomischen Theorie (Produktions-, Preis- Außenhandelstheorie) in Beziehung zu setzen. Im *vorliegenden* Band geht *Isard* von der Überlegung aus, daß ein allgemeines Standortmodell ohne praktischen Wert für die konkreten Probleme der Raumwirtschaft ist; hierfür müssen Methoden der empirischen Raumforschung entwickelt wer-

den, die operational sind und explikative und prognostische Funktionen ebenso erfüllen, wie sie als Grundlage wirtschafts- und sozialpolitischer Programmierungen dienen können. Die Fülle von Material, die von *Isard* und seinen Mitarbeitern in dieser Untersuchung zusammengetragen wird, ist erstaunlich, und zwar nicht nur, wenn man bedenkt, welche Vielzahl von konkreten Fragestellungen hier angesprochen wird, sondern vor allem, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Anwendungsgebiete oft längst bekannten Techniken erschlossen werden. Wie weit der Rahmen der empirischen Regionalanalyse zu spannen ist, wird dem Leser deutlich, wenn er von der Darstellung der Bevölkerungsveränderungen und ihrer ökonomischen Auswirkung etwa auf den Umfang von Märkten, über die Analyse von Wanderungsbewegungen zur Anwendung von Volkseinkommensrechnung, Input-Output-Analyse, des Multiplikatortheorems und der Konjunkturforschung, der Linearplanung und der industriellen Standortforschung geführt wird. Die Beschreibungen der einzelnen Methoden sind weitestgehend aufeinander bezogen, so daß hier im ganzen ein schon relativ geschlossenes Bild der empirischen Regionalanalyse entsteht, von dem auch die deutschen Sozialwissenschaften mehr Kenntnis nehmen sollten als bisher; die Tradition der Standorttheorie im deutschsprachigen Raum (Thünen, Launhardt, Weber, Lösch, Predöhl u. a.) sollte hierzu verpflichtet. Dem außergewöhnlich gut ausgestatteten, gedankenreichen Buch *Isards* möchte man einen großen Leserkreis wünschen.

Gerhard Kade-Berlin

Bush, Robert R., and William K. Estes (Editors): *Studies in Mathematical Learning Theory*. (Stanford Mathematical Studies in the Social Sciences, III). Stanford 1959. Stanford University Press. 432 p.

Arrow, Kenneth, J., Samuel Karlin, Patrick Suppes (Editors): *Mathematical Methods in the Social Sciences, 1959 — Proceedings of the First Stanford Symposium*. (Stanford Mathematical Studies in the Social Sciences, IV). Stanford 1960. Stanford University Press. 365 p.

Mit den vorliegenden Sammelbänden wird die nun schon bekannte und geschätzte Reihe von Veröffentlichungen fortgesetzt, deren Hauptziel dahingehend bestimmt werden kann, die wichtigsten Anwendungsmöglichkeiten für mathematische Modelle und Lösungsmethoden auf dem weiten Gebiet der theoretischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gesammelt vorzulegen. Die beiden ersten Bände (vgl. Schmollers Jahrbuch, Bd. 80 (1960), S. 106 ff.) waren auf Methoden der Produktionsplanung i. w. S. beschränkt; im *dritten* Band „*Studies in Mathematical Learning Theory*“ bewährt sich das gleiche Prinzip: Alle Arbeiten befassen sich mit einem mehr oder weniger begrenzten Fragenkomplex. Im *vierten* Band werden dagegen die verschiedensten Bereiche der theoretischen Sozialwissenschaften angesprochen (Nationalökonomie, Operations Research und Psychologie).

Die mathematische Lerntheorie, durch die Arbeiten von *Hull* und *Spence* schon zu einem systematisch geformten Teilgebiet der Verhaltensforschung ausgebaut, umfaßt die Modelle und Verfahrensweisen zur Erfassung von Lernphänomenen sowie die mathematisch formulierten Hypothesen über Lernvorgänge und die hieraus abgeleiteten Theoreme. Die angelsächsische Lernforschung hat seit jeher den Begriff des Lernens anders gefaßt als etwa die deutsche Experimentalpsychologie (u. a. *Ebbinghaus*, *G. E. Müller*, *Neumann*), die vor allem die Aneignungsprozesse des von außen angebotenen Gedächtnismaterials studierte. Lernen ist dagegen von der amerikanischen Psychologie weniger als ein rezeptiver Vorgang denn als ein aktives Verhalten in konkreten Lebenssituationen konzipiert worden. Vor allem durch die Arbeiten von *Hull*, *Guthrie*, *Bush*, *Mosteller* und *Estes* haben sich in der mathematischen Lerntheorie zwei Forschungsrichtungen herausgebildet, die statistische Lerntheorie und die stochastischen Lernmodelle, wobei die erste den Einfluß der Umgebung auf das Verhalten studiert, während die stochastischen Lernmodelle die zeitliche Aufeinanderfolge von Reaktionen analysieren. Diese Gegenüberstellung weist nun keineswegs auf gegensätzliche Theorien, sondern zeigt nur zwei Aspekte desselben Problems; als Gliederungsgesichtspunkte für den Sammelband „*Studies in Mathematical Learning Theory*“ ist sie richtungweisend. Es ist kaum möglich, hier auf knappem Raum einen Eindruck von der Fülle von neuen Erkenntnissen zu geben, die in den zwanzig einzelnen Beiträgen enthalten sind. Im ersten Teil werden statistische Lernmodelle behandelt (Stimulus-Sampling Models). Hier zeigen sich verschiedene Denkansätze, die sich auch fruchtbar für die Verfeinerung soziologischer und ökonomischer Verhaltensmodelle verwenden ließen. Die formalen Beziehungen zu den Modellen der Zwei-Personen-Spiele unterstützen diese Vermutung. Im zweiten Teil werden die stochastischen Modelle zunächst in linearer Form beschrieben; neuere Erweiterungen der stochastischen Lernmodelle finden sich im dritten Teil. Für den Leser, der sich einen Gesamtüberblick verschaffen will, sind einige Arbeiten eingefügt, die einzelne Modelle gegenüberstellen, mathematische Grundlagen bestimmter Modelltypen abhandeln oder auch eine Übersicht über den gesamten Bereich der mathematischen Lerntheorie bieten (Restle, F., *A Survey and Classification of Learning Models*).

Die Beiträge, die sich in dem zweiten Sammelband „*Mathematical Methods in the Social Sciences*“ finden, sind Vorträge, die auf dem ersten Stanford Symposium on Mathematical Methods in the Social Sciences im Jahre 1959 gehalten wurden. In den drei Gebieten, die behandelt werden — Wirtschaftstheorie, Operations Research, Psychologie —, wird ein repräsentativer Überblick über die Leistungsfähigkeit mathematischer Methoden angestrebt. Für die Wirtschaftstheorie stehen Modelle des Konsumentenverhaltens, allgemeine Gleichgewichtsmodelle und Entwicklungsmodelle im Vordergrund. Das Gebiet der Operations Research ist demgegenüber nur mit vier Beiträgen (neun für die Wirtschaftstheorie, zehn für die Psychologie) schwächer

besetzt. Neben einem Aufsatz von *Dantzig*, der ein neues mathematisches Verfahren für die Lösung linearer Planungsprobleme entwickelt, werden nur die Warteschlangentheorie und Lagerhaltungsprobleme behandelt. Die von *Karlin* und *Fabens*, *Kendall* und *Scarf* aufgezeigten Methoden betreten auch hier Neuland der mathematischen Wirtschaftsforschung. Im dritten Teil, der der Anwendung mathematischer Methoden in der Psychologie gewidmet ist, ist die Mehrzahl der Beiträge dem Forschungsbereich der mathematischen Lerntheorie zugehörig, so wie er im zuvor behandelten Sammelband ausführlich erschien. Daneben befassen sich zwei Beiträge mit der Theorie des Messens und mit der Testtheorie, einer mit Grundproblemen der Nutzentheorie.

Beide Sammelbände bieten einen überzeugenden und repräsentativen Überblick über den gegenwärtigen Stand der mathematischen Wirtschafts- und Sozialforschung. Zu einem Zeitpunkt, da man es in Deutschland immer noch für notwendig hält, die Anwendung der Mathematik in den Sozialwissenschaften grundsätzlich in Frage zu stellen, kann man den beiden Bänden nur einen möglichst großen Leserkreis wünschen.

Gerhard Kade-Berlin

Rose, H. B.: *The Economic Background to Investment.* Cambridge 1960. Cambridge University Press. 661 S.

Egerton, R. A. D.: *Investment Decisions under Uncertainty* Liverpool 1960. Liverpool University Press. 100 S.

Richardson, G. B.: *Information and Investment — A Study in the Working of the Competitive Economy.* Oxford 1960. Oxford University Press. 226 S.

Die drei vorliegenden Bände, die jeder für sich die Bedeutung dokumentieren, die man in der zeitgenössischen Wirtschaftstheorie Problemen der Investitionsentscheidung zuschreibt, gehen jeweils von unterschiedlichen Zielsetzungen aus und bauen ihre Fragestellungen auf jeweils anderen Voraussetzungen auf. *Rose's* Buch ist als Lehrbuch gedacht, und zwar speziell für Versicherungsmathematiker (das „Institute of Actuaries“ und die „Faculty of Actuaries“ haben diese Publikation veranlaßt). Damit steht die Frage im Vordergrund, welche Beziehungen Investitionsentscheidungen zum ökonomischen Gesamtprozeß aufweisen. Die Hauptprobleme der gesamtwirtschaftlichen Theorie werden, ausgehend vom Begriff des Volkseinkommens, über Geld- und Finanzpolitik bis hin zu Außenhandels- und Konjunkturproblemen dargestellt. Dabei hat der Autor eine Form gefunden, die den Zugang zur makroökonomischen Fragestellung auf Grund einer vornehmlich empirisch-deskriptiven Ausrichtung besonders erleichtert. Die partiellen Probleme der Preisbildungsprozesse auf dem Geld- und Kapitalmarkt zusammen mit einer grundlegenden Einführung in die Arbeitsweise des Konkurrenzmechanismus bilden den zweiten großen Problemkomplex, den *Rose* mit großer Übersichtlichkeit und didaktischem Geschick beschreibt. Wenn überhaupt Einwände gegen die Darstellung vorzubringen sind, so nur gegen einen vom Standpunkt

der Wirtschaftstheorie unsystematischen Aufbau: eine Mischung von mikro- und makroökonomischen Aspekten wird sich heute, da diese Art der Systematisierung bereits zum Gemeingut geworden ist, kaum vertreten lassen. Sieht man hiervon ab, so bietet *Rose* die mannigfaltigen ökonomischen Aspekte des Investitionsproblems in übersichtlicher und lesenswerter Form.

Egerton knüpft unmittelbar an dem Entscheidungsproblem an, vor das sich der Unternehmer beim Planen von Investitionen gestellt sieht. Dabei ist *Shackles* Unsicherheitstheorie für die Darstellung der Problematik richtungweisend. So steht dann auch die Frage im Vordergrund, wie der Unternehmer das Unsicherheitsmoment bei der Durchführung einer Investitionsentscheidung berücksichtigt. *Egerton* bietet eine knappe und präzise Darstellung des wahrscheinlichkeitstheoretischen Ansatzes und konfrontiert diesen mit *Shackles* Unsicherheitstheorie. Hieran schließt sich der Versuch, eine zusammenfassende Theorie zu entwickeln, die alle bis heute vorliegenden Denkansätze berücksichtigt. Besonders hervorgehoben werden darf schließlich die Tatsache, daß *Egerton* die Grundannahmen dieses abschließenden Theoriegebäudes kritisch analysiert, um damit Ansatzpunkte für die weitere Forschungsrichtung zu geben. Wenn die ganze Darstellung ein wenig zu stark der *Shackle*-Schule verhaftet bleibt, so ist darin kein Nachteil zu sehen; man kann die kritische Auseinandersetzung hier besser aufnehmen als bei enzyklopädischen Kompilationen oft nur wenig voneinander verschiedener Theorien.

Hatten die beiden ersten Bücher vornehmlich expositorische Absichten, so verfolgt *Richardson* mit seiner Arbeit ein kritisches Ziel. Wie schon aus einigen Zeitschriftenaufsätzen des Autors (*Oxford Economic Papers*, 1953, und *The Economic Journal*, 1959) bekannt, unternimmt *Richardson* mit dieser Arbeit den Versuch, die Funktionsweise des Konkurrenzmechanismus kritisch zu überprüfen. Damit wird allerdings gleichzeitig auch der traditionelle Typ der ökonomischen Gleichgewichtstheorie kritisch analysiert. Daß das Investitionsproblem hierfür einen brauchbaren Anlaß bieten kann, hat schon *Knight* im Jahre 1921 gezeigt (*Risk, Uncertainty, and Profit*). Im Mittelpunkt der Überlegungen stehen bei *Richardson* deshalb auch das Informations- und das Risikoproblem. Die Investitionsentscheidungen sind im Grunde nur der Anlaß und das Beispiel für eine weitreichende, das eigentliche Fundament der Wettbewerbswirtschaft berührende Problematik. Die Funktionsfähigkeit des konkurrenzwirtschaftlichen Systems ist bisher — so das tragende Argument *Richardsons* — von der ökonomischen Theorie mehr vorausgesetzt als bewiesen worden. Der Nachweis, daß die Wirtschaftstheorie bislang nicht ihre explikativen Aufgaben zu lösen vermochte, wird bei *Richardson* mit großer Akribie geführt; man ist nur verwundert, daß der Autor auf eine ganze Reihe von ähnlichen Fragestellungen, die hauptsächlich von der Entscheidungstheorie in den mathematischen Sozialwissenschaften verfolgt werden, nicht eingeht. *Gerhard Kade-Berlin*

Erb, Gottfried/Rogge, Peter: Preispolitik im teilintegrierten Markt. Veröffentlichungen der Listgesellschaft Bd. 9). Kyklos-Verlag Basel, I. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1958. XII, 228 S.

Nach dem in derselben Reihe als Bd. 8 erschienenen Werk „Wirtschaftliche Integration“ von Rolf Sannwald und Jacques Stohler, das gemäß den Intentionen der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ein höchst aktuelles Thema im Zusammenwirken von Theorie und Praxis behandelt, legen Erb und Rogge eine „Preispolitik im teilintegrierten Markt“ vor, die, von einem Marktmodell ausgehend, eine Konkretisierung der gewonnenen Erkenntnisse im Dienste der Praxis vornimmt. Die Studie soll der breiten Öffentlichkeit einen ersten zusammenhängenden Überblick über die Entwicklung der Kohle- und Stahlpreise während der Übergangszeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl geben. Nach den beiden theoretischen Kapiteln über den Modellmarkt, dem Kapitel über „Preispolitik und Teilintegration“ und „Marktpolitik der Hohen Behörde“ werden die für das gestellte Thema wichtigsten Probleme unter dem geschickt gewählten Titel „Marktnahe Maßnahmen“ und „Marktferne Maßnahmen“ behandelt. Abschließend folgt ein Kapitel über „Preisentwicklung in der Übergangszeit“. Das Ergebnis lautet: Ein teilintegrierter Markt ist funktionsfähig. Aber die Annäherung an einen Modellmarkt weist noch vielerlei Hindernisse auf, die es zu beseitigen gilt. Die nationalen Interessen müssen hinter den gemeinsamen Interessen zurückgestellt werden. Die konjunkturpsychologische Schlüsselstellung der Grundstoffpreise muß abgebaut werden. „Die Hohe Behörde kann ihren Auftrag, eine langfristig orientierte Preispolitik zu entwickeln, d. h. Preispolitik und Strukturpolitik organisch miteinander zu verbinden, nur dann effektiv erfüllen, wenn sie die Möglichkeit hat, eine umfassende Strukturpolitik zu betreiben.“ „Entscheidend ist die einheitliche, auf ein einziges Preisbild ausgerichtete preispolitische Zielsetzung.“ Das Endziel, nämlich die Verbindung isolierter, nationaler Märkte zu einem europäischen Binnenmarkt, kann nur das Ergebnis einer Entwicklung sein, die nicht von heute auf morgen zu vollziehen ist. Dem Buche ist ein umfangreicher statistischer Anhang nebst graphischen Nachweisungen beigelegt.

Friedrich Bülow-Berlin

Lechner, Hans H.: Marktwirtschaftliche Theorie des neutralen Geldes. (Volkswirtschaftliche Schriften, herausgegeben von J. Broermann, Heft 44.) Berlin 1959. Verlag von Duncker & Humblot. 120 S.

Allgemein gilt *Wicksell* als derjenige, der den Begriff des neutralen Geldes konzipiert und die Synthese von Geld- und Preistheorie eingeleitet hat. In der Folgezeit haben sich dann zunächst *Hayek* (1933), *Koopmans* (1933), *Myrdal*, *Georg Halm* (1951) und *Heinz Sauer-mann* (1951) um die Klärung des Problems eines neutralen Geldes bemüht. *Koopmans* schreibt: „Der sogenannte Nullpunkt der Inflation und Deflation ist mit dem Zustand neutraler Geldordnung identisch“, und er definiert: „Neutral ist das Geld dann, und zwar nur

dann, wenn sämtliche Vorgänge in der Geldwirtschaft dem Idealtypus einer reinen Tauschwirtschaft nach den Gesetzen der Gleichgewichtstheorien entsprechen.“ Und wenn auch *Sauermann* 1951 feststellt, daß „das Konzept des neutralen Geldes ... für die Analyse die Entwicklung der Theorie eher gehemmt als gefördert hat“, so ist doch die Auseinandersetzung über dieses Thema allererst durch *A. Rugina* Buch „Geldtypen und Geldordnungen“, in dem er die Ansicht vertritt, der Selbstmechanismus der natürlichen Geldordnung sichere die Neutralität der Währung, und die scharfe Abrechnung von *Fritz W. Meyer* mit *Rugina* Thesen im Weltwirtschaftlichen Archiv 1950/I („„Natürliches Geld?““) und 1951/II in den Vordergrund des geldtheoretischen Interesses getreten. Hatte *Rugina* behauptet, natürliches Geld sei neutral, so stellt *Fritz W. Meyer* fest: „Neutrales Geld ist denkbar — aber nicht in einer natürlichen Geldordnung“. In demselben Heft des Weltwirtschaftlichen Archivs hatte *Rugina* als Antwort an *Fritz W. Meyer* mit Nachdruck betont: „Und es kann doch ‚neutrales‘ Geld geben!“ Abgesehen von einigen anderen haben sich in letzter Zeit *Walter Rudolf Paede* (*Das neutrale Geld — „Schleier“* oder ökonomisches Kraftfeld?, 1957) und nunmehr *Hans L. Lechner* mit der Problematik des neutralen Geldes befaßt.

Die Grundtendenz ist bei beiden in Fortführung der von *Wicksell* eingeschlagenen Richtung darauf abgestellt, Geldtheorie und allgemeine Wirtschaftstheorie nicht nur näher aneinander heranzuführen, sondern zu synthetisieren. Das Geld ist nicht mehr, wie seit den Physiokraten behauptet worden ist, ein verdunkelnder Schleier, sondern, wie *Paede* sich ausdrückt, „ein integrierender Bestandteil der Verkehrswirtschaft spezifisch dynamischer Natur“, und *Lechner* sieht seine Aufgabe darin, auf der Grundlage einer marktwirtschaftlichen Theorie des Geldes das Geld mit der Gütertheorie nicht nur, wie dies bisher geschehen ist, zu koordinieren, sondern zu integrieren, so daß Geld- und Gütertheorie eine Einheit bilden und auch das Geld den Gesetzen marktwirtschaftlicher Preisbildung unterstellt wird. Die Darstellung der „Isolierung der Geldtheorie in der Wirtschaftstheorie“ im 2. Kapitel scheint mir ganz besonders gut geglückt zu sein. Sie mündet aus in die Forderung einer Preistheorie des Geldes auf der Grundlage des Knappheitsprinzips. Wenn S. 50 behauptet wird, daß man sich mit der Frage nach dem Wesen des Geldes in letzter Zeit überhaupt nicht mehr befaßt habe, so muß dem widersprochen werden (man vergleiche beispielsweise *Rudolf Schilchers* Schrift „Geldfunktionen und Buchgeldschöpfung“, in der die Geldwesenlehre im 1. Teil ausführlich behandelt ist, aber auch andere Autoren wären nanhaft zu machen). Das methodische Vorgehen des Verfassers, Geldnachfrage und Geldangebot gesondert zu betrachten und die Frage einer Nachfrage nach Geld entgegen *Forstmann* (vgl. Festgabe für *Georg Jahn*, 1955, S. 59 ff.) zu bejahen, ist zu begrüßen. Die Lehre von der Neutralität des Geldes wird als Utopie, das Problem des neutralen Geldes als eines Geldes, von dem überhaupt keine Störungen ausgehen können, als ein Scheinproblem bezeichnet.

Nach den theoretischen Ausführungen sind die Folgerungen aus der marktwirtschaftlichen Theorie des neutralen Geldes im 6. Kapitel anschließend an die Darlegungen über das nichtneutrale Geld im 5. Kapitel wirtschaftspolitisch von Bedeutung, mit der Frage am Anfang: Welches muß das Ziel der Geldordnung in der Marktwirtschaft sein?

Die Aufgabe der Geldpolitik im Rahmen der Wirtschaftspolitik besteht ja nicht in einer Neutralisierung, sondern in einer Aktivierung des Geldes im Dienste der Stabilisierung der wirtschaftlichen Bewegungsvorgänge. L. gibt abschließend einen guten Überblick über die verschiedenen Stellungnahmen der Wissenschaft (*Lutz, Rittershausen, Miksch* usw.) und schließt mit einer volkswirtschaftlichen Beurteilung von Geldwertsicherungsklauseln. Die bei Professor Alfred *Kruse* angefertigte Arbeit stellt den bislang wertvollsten Beitrag zum Problem des neutralen Geldes dar, der die Ansicht nahelegt, es wäre ratsam, den Begriff „neutrales Geld“ fallen zu lassen. Auch die eigene Definition des neutralen Geldes (S. 84) ist, obgleich besser fundiert als frühere, letztlich unbefriedigend. *Friedrich Bülow-Berlin*

Mirabella, Giuseppe: Politica Monetaria. Palermo 1959. Seminario di Economia Politica e Scienza della Finanze dell'Universita degli Studi di Palermo. 330 p.

Mirabella, Giuseppe: L'Unificazione Monetaria della Comunita Economica Europa. Palermo 1960. Seminario di Economia Politica e Scienza della Finanze dell'Universita degli Studi di Palermo. 89 p.

Der Verfasser hat es in recht geschickter Weise unternommen, unter Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge die Probleme der Währungspolitik zu betrachten. Er hat in sehr illustrativer Weise Kausalreihen ausgearbeitet, um die Zusammenhänge leicht faßlich aufzuzeigen. Unbedingt möchte man ihm allerdings nicht in allen Einzelheiten zustimmen, so z. B. in der Meinung, daß eine leichte Inflation nun einmal der Preis sei, der für Vollbeschäftigung gezahlt werden müsse. Vollbeschäftigung und wirtschaftliches Wachstum genießen seiner Meinung nach die Priorität sogar vor der Forderung nach unbedingter Währungsstabilität. Diese stark an einen Postkeynesianismus gemahnende und von manchen amerikanischen und englischen Autoren geteilte Anschauung kann man wohl kaum als ungefährlich bezeichnen. Hingegen kann man durchaus seiner Meinung beipflichten, daß unter dem Zwang sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse sehr oft praktisch gar keine volle Entscheidungsfreiheit über die zweckmäßigsten währungspolitischen Methoden bestehe, wobei die sogenannte klassische Theorie eher den Charakter eines wirtschaftshistorischen Modellfalles als eines Leitfadens für währungspolitische Entscheidungen in der Jetztzeit trage. Jedenfalls ein sehr anregendes Buch, das auch dort, wo man seine Anschauungen nicht zu teilen vermag, als durchaus interessant bezeichnet werden muß und das einen recht hohen wissenschaftlichen Standard besitzt. Leider ist dem Verfasser einige Literatur trotz des großen Umfangs des Literaturverzeichnis unbekannt geblieben, was insbesondere für mehrere wichtige österreichische, deutsche und spanische Arbeiten gilt.

Auch das zweite Buch *Mirabellas* ist sehr interessant. Es bezeichnet mit Recht die europäische Währungsvereinheitlichung als eine Vorbedingung für die wirtschaftspolitische Integration. Der Verfasser ist sich der auch hier bestehenden Schwierigkeiten voll bewußt, vor allem der Schwierigkeiten der Wahl, sich dem der Konvertibilität am nächsten stehenden Staat anzupassen oder sich dem „währungspolitischen Grenznutzler“ anzuschließen. Leider besitzt das Buch nicht nur kein Literatur- und Schlagwortverzeichnis, sondern es sind dem Verfasser auch offenbar einige Standardwerke der deutschen Literatur unbekannt geblieben. Das behandelte Problem aber betrachtet er von einer hohen Warte und mit wissenschaftlicher Objektivität.

Richard Kerschagl-Wien

Weidner, Wolfgang: Die niedersächsischen Sparkassen. Eine Untersuchung über Sparkassengruppen. (Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, herausgegeben von Fritz Voigt, Band 12.) Berlin 1960. Verlag von Duncker & Humblot. 212 S.

Die vorliegende Untersuchung ist von Prof. C. Eisfeld angeregt und betreut worden. Sie stützt sich auf seine Arbeiten über den Betriebsvergleich bei Sparkassen (1930) und auf neuere Vergleichsergebnisse der Verbands- und Bundesstatistik. Das eigene Ergebnis ist in 86 statistischen Tabellen, 12 Abbildungen, einer 16seitigen tabellarischen Übersicht und einer zusammenfassenden statistischen Übersicht im Tabellenanhang zusammengefaßt. Die in der tabellarischen Übersicht zusammengefaßten Ergebnisse gehen von der Struktur der Wirtschaftsbezirke der Kreissparkassen und der Stadtparkassen aus und heben die gewonnenen typischen Merkmale der Betriebsgröße und Betriebsorganisation hervor; zur Kennzeichnung der Betriebsgröße dient die Zahl der Beschäftigten und ihre Zusammensetzung aus Beamten, Angestellten, Hilfskräften und Lehrlingen. Zur Kennzeichnung der Betriebsorganisation wird die Auswertung der Buchungsposten und die Berechnung der Beschäftigungs- und Leistungsquote herangezogen. Die Leistungsquote der kleinen Sparkassen ist aus Gründen der Betriebsbereitschaft geringer, ihre Personalbesetzung ist nach der maximalen Beanspruchung ausgerichtet, folglich bei normaler Beanspruchung nicht ausgelastet. Wenig brauchbar scheint in der Rubrik „Leitung und Verwaltung“ die Einbeziehung von Materialverwaltung, Postabfertigung, Registratur und Telephon, Boten, Kraftfahrern, Hausmeistern zu sein, da bei einer solchen Zusammenfassung völlig heterogener Elemente etwa ein Viertel des Personals auf „Leitung und Verwaltung“ entfällt (vgl. S. 126 und 128).

Der Verf. vergleicht die niedersächsischen Sparkassen mit dem Bundesdurchschnitt und für die Jahre 1950 bis 1957 die von ihm gebildeten Gruppen, nämlich die Kreissparkassen mit vorwiegend landwirtschaftlichem Geschäftsbezirk und solche in gemischtwirtschaftlichen Landkreisen mit gewerblicher Orientierung, sowie die Stadtparkassen unter gesonderter Behandlung der „Landessparkasse zu Oldenburg“. Die Herausarbeitung der Typenmerkmale ist sorgfältig vorgenommen und konsequent durchgeführt worden. Nicht nur im

Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt, sondern innerhalb der eigens gebildeten Gruppen der niedersächsischen Sparkassen ergeben sich höchst aufschlußreiche, mitunter sehr bemerkenswerte Unterschiede. Mit Recht bemerkt der Verf.: „Leider sind nur sehr wenige Unterlagen über die Art der Kundschaft bei den Sparkassen vorhanden. Soweit es überhaupt Sparerberufsstatistiken gibt, sind sie aus sozialpolitischen Gründen nicht zur Veröffentlichung bestimmt.“ (S. 39.) Man sollte endlich — wie die Teilzahlungsbanken längst — über diese Zurückhaltung hinauskommen und eine erschöpfende Sparerberufsstatistik anstreben, wenigstens auf Landesebene. Die Mängel eines Herumratsens am Sparer, seinem Verhalten, seinen Motiven sind in der Veröffentlichung Heft 15 der gleichen Schriftenreihe offenkundig geworden. Eine solche Statistik berührt die Diskretion der Sparkasse ebensowenig wie die persönlichen Interessen der Sparer und beides nicht mehr und nicht weniger wie eine Debitorenstatistik den einzelnen Debitor.

Die vorliegende Untersuchung verdient, als Modell für weitere regionale Untersuchungen zugrunde gelegt zu werden. Ihnen könnte dann eine überregionale Analyse der Sparkassen anhand der hier erarbeiteten Merkmale und der Sparer auf Grund bisher noch nicht gewonnener Ermittlungsmethoden folgen. Dann wären die Sparkassen wie auch sonst den privaten Kreditbanken in der Anwendung und Auswertung eines echten Betriebsvergleiches wieder einmal um eine beträchtliche Nasenlänge voraus.

Wie bei anderen Veröffentlichungen der gleichen Schriftenreihe ist auch hier wiederum zu beanstanden, daß die Statistiken mindestens um vier Jahre veraltet sind, weil sie seit der Fertigstellung bis zur Drucklegung nicht ergänzt worden sind. Im vorliegenden Fall ist der Mangel deshalb niedriger zu veranschlagen, weil es sich um eine Strukturanalyse und nicht um eine Ablaufanalyse handelt.

Hanns Linhardt-Nürnberg

Wilsdorf, Manfred: Bestimmungsgründe und volkswirtschaftliche Auswirkungen des Verhaltens der Sparkassen im langfristigen Wohnungsbaukreditgeschäft. (Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, herausgegeben von Fritz Voigt, Band 13.) Berlin 1960. Verlag von Duncker & Humblot, 152 S.

Der Verf. sagt im ersten Satz seiner Einleitung: „Die moderne Diskussion über die Wirtschaftsplanung, die wirtschaftlichen Verhaltensweisen der Unternehmer und deren volkswirtschaftliche Auswirkungen beschränkt sich zumeist auf die industrielle Produktion einerseits sowie die privatwirtschaftliche Zielsetzung der Gewinnmaximierung andererseits. Eine Anwendung der Erkenntnisse der modernen Kredittheorie auf die Kredit- und Bankwirtschaft ist nur vereinzelt zu finden.“ Hierzu meine ich, daß die „Erkenntnisse der modernen Wirtschaftstheorie“ längst nicht soweit gediehen sind, um ihre bisherige Nichtanwendung auf die Kredit- und Bankwirtschaft als Mangel zu empfinden. Das meiste dieser angeblichen Erkenntnisse ist eine modische Richtung, die sich im Gebrauch kurzlebiger Parolen und neu-

artiger Wortprägungen äußert. Der Verf. bringt dies selbst zum Ausdruck, wenn er unter Nennung einer Reihe von Autorennamen von der modernen Geld- und Kreditschöpfungslehre sagt, sie könne zur Bestimmung der Verhaltensweise der Sparkassen nur sehr unbefriedigende Antworten erteilen (S. 18).

Im übrigen hat die Betriebswirtschaftslehre seit Jahrzehnten dem Problemkreis der Wirtschaftsplanung eine größere Aufmerksamkeit gewidmet als aus der vorliegenden Arbeit und ihrer sehr umfangreichen und soliden Literaturbasis zu entnehmen ist, die sich nicht nur durch Heranziehung der älteren deutschen Bankliteratur (O. Hübner, A. Wagner, C. Knies — fälschlich Cnies geschrieben), sondern auch der einschlägigen angelsächsischen und der neueren deutschen Bank- und wohnungswirtschaftlichen Literatur auszeichnet.

In der Beurteilung der Gemeinnützigkeit der Sparkassen übersieht der Verf. ihre Bindung an die Wettbewerbs- und Zinsabkommen, so daß für eine erkennbare Gemeinnützigkeit in Gestalt der örtlich begrenzten Kreditversorgung des Mittelstandes nicht mehr viel übrig bleibt (vgl. S. 15). Die Ausführungen über die Planung der Kreditkapazität und die darin enthaltenen Liquiditätsprobleme sind hinsichtlich ihrer Auseinandersetzung mit der modernen Kredittheorie beachtlich und führen zu bemerkenswerten Klarstellungen. Hierbei unterscheidet der Verf. zwischen dem Modell einer reinen Sparkasse ohne Abrechnungsverkehr und einem solchen mit Abrechnungsverkehr sowie einem Modell einer gemischtgeschäftlichen Sparkasse. Er betont den theoretischen Charakter seiner Untersuchungen, die sich nicht die Aufgabe stellt, „Regeln oder Anleitungen ... herauszuarbeiten“ (S. 10). Hinsichtlich der Beschaffung von Betriebsmitteln seitens der Sparkassen durch langfristige Darlehen am Kapitalmarkt stellt er die theoretische Möglichkeit fest, weist jedoch mit gutem Grund auf satzungsrechtliche Schranken hin (S. 54). Außer diesen dürften jedoch die Größenverhältnisse der überwiegenden Anzahl der westdeutschen Sparkassen und die Gegebenheiten der Sparkassenleitung nicht minder beachtliche Grenzen ziehen.

Aus diesem Grunde unterliegen bei den Sparkassen nicht nur die Kostenplanung, sondern auch die Planung der Kreditkapazität vom theoretischen Gesichtspunkt des Planungsgedankens größeren Einwendungen, als dies allgemein für das Aktivgeschäft der Bankwirtschaft und seine Abhängigkeit vom langfristigen Kapitalzins überhaupt gilt.

Bei der Absatzplanung der Sparkassen am Markt für Wohnungsbaukredite (E) kommen dann erst die Schwierigkeiten hinzu, die sich hier aus der mangelnden Markttransparenz ergeben. In dieser Hinsicht hätten die seit Jahrzehnten veröffentlichten Untersuchungen der Forschungsstelle für Siedlungs- und Wohnungswesen an der Universität Münster, begründet von Prof. W. F. Bruck und Dr. h. c. H. Vormbrock, fortgeführt von Prof. H.-J. Seraphim, und die neueren Untersuchungen der Freien Universität Berlin (Arndt, Trebuth, Schmidt u. a.) herangezogen werden können.

In der Herausarbeitung der bankwirtschaftlichen Problematik des Wohnungsbaukredits der Sparkassen, der gedanklichen Durchführung der entwickelten Modelle und der Auswertung und Überprüfung der Erkenntnisse der modernen Kredittheorie wie des einschlägigen statistischen Zahlenmaterials darf die vorliegende Untersuchung als vorbildlich bezeichnet werden.

Hanns Linhardt-Nürnberg

Wissmann, Bernhard: Die Zinsempfindlichkeit der deutschen Sparer. (Untersuchungen über das Spar-, Giro und Kreditwesen, herausgegeben von Fritz Voigt, Band 12.) Berlin 1960. Verlag von Duncker & Humblot. 212 S.

Die vom Verf. gebotenen Erkenntnisse sind im wesentlichen zwar längst bekannt, aber seine Darstellung ist trotz der Flüchtigkeit der Problemskizzierung nicht ohne Verdienst, weil diese Erkenntnisse in der modernen Kredittheorie gelegnet werden.

Die Erkenntnisse sind:

1. Die Zinsempfindlichkeit der typischen Kontensparer der Sparkassen ist äußerst gering, insbesondere innerhalb eines Habenzinses zwischen 2 und 6 %.
2. Private Kontensparer verhalten sich in den Konjunkturphasen anders als gewerbliche Kontensparer.
3. Die Inhaber kleinerer Sparguthaben verhalten sich anders als die Inhaber größerer Sparguthaben.
4. Zwecksparer verhalten sich anders als Vorsorge- und Ertragsparer.
5. Kontensparer verhalten sich anders als Wertpapiersparer.

Zu diesen Erkenntnissen liefert die vorliegende Untersuchung aus älteren Wirtschaftsperioden seit Anfang des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart manchen überzeugenden Nachweis. Leider reichen die neueren Statistiken kaum über 1954 hinaus. Die Tatsache der Arbeitslosigkeit um das Jahr 1931 ist widerspruchsvoll gewürdigt (S. 19 „Verringerte Zahl der Arbeitslosen“; S. 62 „Die Arbeitslosenziffer stieg“). Die „beispiellose Bankrotterklärung der Verantwortlichen“ (1931), die der Brüning-Regierung ins Stammbuch geschrieben wird (S. 62), und ihre farbenprächtige Kontrastierung mit der „unleugbar erfolgreichen Wirtschaftspolitik Hitlers“ (S. 63) darf nicht unwidersprochen bleiben.

Die Untersuchung folgt der vom Herausgeber eingeschlagenen Arbeitsrichtung, welche die Einseitigkeiten der modernen Kredittheorie zu beheben und ihre Fehler richtigzustellen versucht. Dies ist im vorliegenden Fall nicht überzeugend gelungen, weil der Verf. nicht auf die „allgemeinen Voraussetzungen für die Sparfähigkeit und den Sparwillen“ (S. 7) und auf die „individuellen Motive, die zum Sparen verleiten“ (S. 8) eingeht. Die Untersuchung der soziologischen Struktur der Sparer ist doch der einzige Weg, um über die Unzulänglichkeit der volkswirtschaftlichen Kredittheorie hinauszukommen. Aber der Verf., der noch in seiner Einleitung daran Kritik übt, kommt sehr bald von seiner eigenen Fragestellung ab und verfällt für den weit-

aus größten Teil seiner Untersuchung in die von ihm kritisierte „kumulative Betrachtungsweise“ (S. 9). Wo er um genaue Erkenntnisse und exakte Ergebnisse bemüht sein müßte, operiert er mit Redewendungen wie „jedenfalls — wie auch immer — wahrscheinlich — denkbar“ usw. (S. 10 f.). Dieser innere Widerspruch wird von ihm gar nicht deutlich empfunden. Dies zeigt sich an solchen äußeren Widersprüchen wie „Sparerverhalten“ (S. 5) gegenüber „Sparverhalten“ (S. 12), „Kapitallücken auf ... Sparkonten“ (S. 19) oder „Wechselagen der Konjunktur“ (S. 27). S. 5 beginnt die vom Verf. sogenannte „gute alte Zeit“ 1830, S. 10 hingegen 1820. S. 14 wird dasselbe Zitat von J. Martin von S. 13 wiederholt.

Die Arbeit kommt nicht an den Sparer heran. Sie stützt sich in ihrem empirischen Teil auf Auskünfte von Sparkassenleitern und Ergebnisse der Meinungsforschung. Immerhin ist es verdienstvoll, nicht nur die einschlägige Literatur der letzten Jahre, sondern auch statistische Erhebungen und Untersuchungen der 30er Jahre wie die von H. Reusch, A. Sommer wieder in die Diskussion einzuführen. Die Hinweise auf das durch Befragungen, eigene Erhebungen und Ermittlungen von dritter Seite ermittelte Quellenmaterial sind durchweg ungenau. Das Kapitel II 9 über „Alter, Familie, Beruf, Einkommen“ mit einem Umfang von vier Seiten kennzeichnet die Unzulänglichkeit in Verfolgung und Klärung des gegebenen Fragenkomplexes. Die Ansätze, den Sparprozeß mit der Konsumforschung in Verbindung zu bringen, sind nur sehr zaghaf und sporadisch. Gleiches gilt für das Sparerverhalten unter dem Einfluß von Preissteigerungen.

Hanns Linhardt-Nürnberg

Menzel, Hans: Die Mitwirkung der Hausbanken bei der Vergebung und Verwaltung öffentlicher Kredite. Die Abwicklung zentraler Bereitstellungen durch örtliche Banken und Sparkassen. (Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, herausgegeben von Fritz Voigt, Band 14.) Berlin 1960. Verlag von Duncker & Humblot. 212 S.

Der Verf. schildert die Entwicklung der öffentlichen Kreditgewährung nach dem zweiten Weltkrieg. Er unterscheidet die verschiedenen Arten öffentlicher Kreditmittel nach Verwaltungskrediten, treuhänderisch verwalteten (durchlaufenden) Krediten, zweckbestimmten Darlehnsaufnahmen (weitergeleiteten Kredite) und zentral gelenkten Krediten aus eigenen Mitteln der Banken. Diese letzte Kategorie ist nur ungenau charakterisiert, im wesentlichen handelt es sich um private Kredite mit öffentlicher Bürgschaft. Bei der Beurteilung der neu errichteten öffentlichen Banken für Sonderzwecke warnt der Verf. vor Einseitigkeiten und legt sich selbst hierin eine vielleicht zu große Zurückhaltung auf. Er zeigt, daß die Anwendung öffentlicher Kredite nach der Währungsreform nicht durch einheitliche Überlegungen auf lange Sicht, sondern mehr durch Improvisationen bestimmt war, ohne dabei Parallelen mit dem Ausland zu ziehen, wo in noch größerem Umfang und stärkerer Variation öffentliche Kreditinstitute geschaffen und öffentliche Kreditmittel eingesetzt wurden.

Auch wenn es nicht die Absicht der öffentlichen Hand gewesen war, das Übergewicht in der Kreditwirtschaft zu erlangen, so ist es doch in der Bundesrepublik dazu gekommen. Das ist gar nicht leicht zu verstehen, weil nach den Machtansprüchen und Übergriffen des totalitären Staates im Bereich der Kreditwirtschaft eine Gegenreaktion durch Zurückdrängung des Staates und Stärkung der privaten Initiative erwartet werden konnte. Eine solche Gegenreaktion blieb jedoch aus, weil die deutschen Großbanken zunächst den Dekonzentrationsbestimmungen in den westlichen Besatzungszonen, den Betriebsschließungen in Berlin und schließlich den ideologischen Kräften der stets nach einem Krieg angestrebten Gemeinwirtschaftlichkeit unterlagen, denen vor 1948 weder die Tatsachen noch die Ideen und Impulse einer Marktwirtschaft, auch nicht unter amerikanischem Einfluß, entgegengesetzt werden konnten.

Weidner befaßt sich nicht nur mit den „gesetzlichen Grundlagen für eine Beteiligung der Hausbanken an den öffentlichen Kreditaktionen“ (C), mit diesen sogar etwas zu breit, sondern auch mit den wirtschaftlichen Grundlagen (D) und der Beteiligung der Hausbanken an die Vergabe öffentlicher Kredite (E) und der Verwaltung durch die Hausbanken (F). Das Hauptgewicht der Untersuchung liegt in der detaillierten Behandlung der Vorbereitung der Kreditgewährung und der Mitwirkung bei der Kreditbewilligung. Hierbei ergeben sich nicht nur einzelne geringfügige, sondern zahlreiche wesentliche Abweichungen gegenüber den üblichen privatwirtschaftlichen Entscheidungsgrundsätzen und Bearbeitungsmethoden. Diese Abweichungen sind nicht so leicht mit dem generellen Hinweis auf die unbestrittenen Mängel in der Kreditverteilung durch die private Bankwirtschaft abzutun, denn das in wenigen Jahren entstandene Übergewicht der öffentlichen Banken berührt das gesamte Banksystem, ohne das Problem der staatlichen Bankenaufsicht und der sozialen Kreditkontrolle zu lösen.

Die Feststellungen des Verf. hinsichtlich der unzulänglichen Ausweisung öffentlicher Kredite in den Bilanzen der privaten Geschäftsbanken und öffentlichen Sparkassen, hinsichtlich der ungenügenden, obwohl ohne weiteres durchführbaren Unterscheidung wichtiger Kategorien der öffentlichen Kredite und einer sogar abnehmenden Genauigkeit, nicht nur in der Bilanzgliederung und Bilanzerläuterung, sondern auch in der gesetzlichen Bilanzprüfung, verdienen ernste Beachtung.

Neben den verarbeiteten Zahlen, die leider schon einige Jahre vor dem Zeitpunkt der Veröffentlichung enden, ist als besonderes Verdienst der Untersuchung hervorzuheben, daß sie in einer zwar abwägenden, aber doch nicht unkritischen Weise die gedruckten Quellen, vor allem außer den einschlägigen Gesetzen und Verordnungen die Richtlinien der Fachministerien, die Weisungen besonderer Bundesämter und deren Mitteilungen heranzieht und mit den Informationen der Geschäftsbanken sowie eigens gewonnenen mündlichen und schriftlichen Auskünften glücklich verbindet und auswertet.

Hanns Linhardt-Nürnberg

Adenauer, Paul: Mittelständische Investitionsfinanzierung in der sozialen Marktwirtschaft. Probleme in der Bundesrepublik Deutschland, dargestellt unter Berücksichtigung amerikanischer Erfahrungen. (Schriften des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der Westf. Wilhelms-Universität Münster, hrsg. von J. Höffner, Band 11.) Münster/Westfalen. Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung. 154 S.

Die Schrift erscheint zu dem sehr aktuellen Zeitpunkt, in dem die vom Bundestag beschlossene Enquête-Kommission zur Untersuchung der Konzentrationsprobleme in der westdeutschen Wirtschaft gebildet wurde. Sie beginnt mit „Bemerkungen zum Konzentrationsproblem“, die gewiß verdienen, von dieser Kommission beachtet zu werden. Der Verf. zieht die amerikanischen Erfahrungen auf dem Gebiet des „Small Business“ unter Auswertung amtlicher Veröffentlichungen und statistischer Untersuchungen des Bundesreserveamtes heran. Die drei umfangreichen Materialbände des Vereins für Socialpolitik (1960) konnten in der Untersuchung nicht mehr herangezogen werden, da sie im wesentlichen, auch hinsichtlich der umfangreichen statistischen Angaben, mit dem Jahr 1958 abschließt.

Der Verf. kommt bei seiner Beurteilung des mittelständischen Investitionskredits zu einer Kritik an der bisherigen Kreditpolitik der Sparkassen, der Kreditgenossenschaften und auch der überregionalen Großbanken, während eine Kritik an der Vergabe der öffentlichen Sonderkredite und an der Bundesbank fehlt. Seine Grundauffassung ist wesentlich durch die Autoren W. Ehrlicher, Müller-Armack, J. H. Seraphim und R. Stucken mitbestimmt, andere einschlägige Autoren wie Esenwein-Rothe, Hendrikson, Jonas und Mellerowicz (hinsichtlich der Kreditüberwachung) sind von ihm nicht herangezogen worden. Das zweite und wichtigste Kapitel setzt sich mit der Wettbewerbsposition der mittelständischen Unternehmen bei der Selbstfinanzierung und der Marktfinanzierung durch Beteiligung und Darlehen auseinander. Mit gutem Grund wird der Begriff der Marktkonformität vermieden, an seine Stelle tritt der vom Verfasser überzeugend dargelegte Begriff der Wettbewerbsanalogie im Rahmen der wirtschaftlichen Ordnungskonformität. Von der modernen Kredittheorie, auf die sich die Untersuchung stützt, weicht der Verfasser hinsichtlich der Wirkung des Zinses wohltuend ab. Er empfindet mit Recht die vorhandenen Mängel der westdeutschen Kreditstatistik bei Erfassung der Kreditkosten, bei Bearbeitung der Kreditanträge und bei der Kreditverteilung. Beachtlich ist sein grundlegend vorgetragener Hinweis auf die fehlende Homogenität der Kreditmärkte und seine Würdigung der Sonderstellung der Industriekreditbank, die in längeren Jahren die bei ihr auftretende Kreditnachfrage nicht befriedigen konnte.

Die Untersuchung berücksichtigt soziologische Gesichtspunkte und kommt zu beachtlichen positiven Vorschlägen, die die vorhandenen Mängel im mittelständischen Investitionskredit zu beheben geeignet sind.

Hanns Linhardt-Erlangen-Nürnberg